

# Dialog der Bünde

## Protokoll des 3. Treffens

Samstag, den 14. bis Sonntag, den 15. Juni 2014  
auf Gut Steimke, Uslar

Hinweis: Das vorliegende Protokoll gibt den Verlauf einer nicht öffentlichen Versammlungsveranstaltung an den Tagen 14. und 15. Juni 2014 in den Räumen des Seminarhaus »Gut Steimke«, Gemeinde Uslar, Niedersachsen wieder. Es ist für den internen Gebrauch bestimmt und dient lediglich zur Information der zugehörenden Einzelpersonen, Gruppen und Bünde.

Alle im Protokoll genannten Angaben - insbesondere Vornamen, Namen und persönliche Kontakte - unterliegen dem *Bundesdatenschutzgesetz* (BDSG vom 14.08.2009) in Kombination des *Recht auf informationelle Selbstbestimmung*.

Dies bedeutet für den Leser dieses Protokolls, dass er ohne Zustimmung der Einzelperson keine Vornamen, Namen und Kontakte veröffentlichen darf. Dies gilt insbesondere für die am Ende des Protokolls beigelegte Teilnehmerliste. Für den 3. Konvent des »Dialog der Bünde« gab es diesbezügliche keine ausreichende (schriftliche) Freigabe aller Anwesenden.

Das Protokoll wurde auf Grundlage der Mitschrift der Protokollanten, schriftlicher bzw. fotografischer Dokumente von Anwesenden, der Unterstützung des Sprecherkreises und vorliegender Unterlagen einzelner Teilnehmer erstellt. Eine Audioaufzeichnung der Versammlungsveranstaltung lag für den Vortrag und der daran anschließenden Diskussion für Samstag, den 14. Juni 2014 mit Herrn Prof. Dr. Roland Eckert (die von ihm selbst aufgenommen und noch am 3. Treffen dem Sprecherkreis übergeben wurde) den Protokollanten vor. Der Vortrag erscheint im vorliegenden Protokoll in einer Vorabzusammenfassung des Vortragenden und wird zu einem späteren Zeitpunkt im Gesamten bereitgestellt.

# Dialog der Bünde

## Protokoll des 3. Dialog-Treffen, 3. Konvent

Samstag, den 14. bis Sonntag, den 15. Juni 2014 auf Gut Steimke, Uslar

9:55 Uhr

Beginn (42 Anwesende)

- Wolfgang Lauss, DPB / SK begrüsst die Teilnehmer des »3. Dialog der Bünde«.
- Tüdel, Piratenschaft Stormarn / SK und Wolfgang, SK sprechen einführende Worte und geben Organisatorisches an die Vertreter weiter.

10:20 Uhr

Formalia

- Tagesordnung wurde nach Beschluss eine Woche vor dem 3. Treffen durch den SK versendet.
- Wolfgang schlägt vor, zunächst keine Änderungen an der TO vorzunehmen. (Die vorgesehenen Uhrzeiten haben sich bereits deutlich geändert, da mit einstündiger Verspätung begonnen wurde.)
- Kurze Gegenrede aus dem Plenum.
- Man kommt überein, dass die TO im Laufe des Dialogs auf Antrag jederzeit abgeändert werden kann.
- Protokoll für das 3. Dialog-Treffen, Wolfgang, SK stellt den Antrag: "magges, VCP und Sarah, DPB übernehmen das Protokoll"
- Abstimmungsberechtigt: 24
- Abstimmung via Stimmkarte heben
- Abstimmung: 24 Dafür / 0 Dagegen / 0 Enthaltungen
- Der Antrag ist angenommen
- magges, VCP / SK und Sarah, DPB übernehmen die Mitschrift des Protokolls des 3. Dialog-Treffen

Bericht des Sprecherkreises

- Zahlreiche Telefonkonferenzen untereinander und mit Externen.
- Der Sprecherkreis hatte zahlreiche Arbeitsaufträge erhalten und diese abgearbeitet.
- Es sind keine Vorwürfe oder Fragen eingegangen. Es ist aber immer noch möglich welche einzureichen.
- Begriffe: Zusendungen der zu klärenden Begriffe sind eingegangen. So zahlreich, dass nicht alles bearbeitet werden konnte. Man wird später noch detailliert darauf eingehen.
- Kriterienkatalog: 2 Einsendungen sind gekommen. Je einmal von einem Vertreter der Gildenschaft und den Fahrende Gesellen. Es wird von Wolfgang ausdrücklich darauf hingewiesen, dass trotz Aufforderung an die Bünde nur diese zwei Entwürfe eingereicht wurden.
- Eine Aufgabe des SK war es, eine wissenschaftliche Kraft für das 3. Treffen zu gewinnen. Drei renommierte Professoren wurden angefragt. Zwei haben abgesagt.
- Prof. Dr. Roland Eckert konnte als Referent gewonnen werden und wurde zum heutigen Treffen eingeladen um die Arbeit an den Begriffen und den Begriffsdefinitionen mit den Delegierten zu weiterzuführen. (Er bekommt Fahrtkosten erstattet, ansonsten Ehrenamt).

[ Anmerkung des Protokollanten: Siehe auch: [http://de.wikipedia.org/wiki/Roland\\_Eckert](http://de.wikipedia.org/wiki/Roland_Eckert) ]

- Moderation: Ute Sauerzapf hat abgesagt. Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen kann sie diese Arbeit nicht leisten. Am Sonntag soll über eine weitere Moderation geredet werden.
- Konfliktlösung: Zur Frage einer weiterführenden Mediation nach dem Dialog der Bünde wurde durch den SK diesbezüglich eine Anfrage an "inmedio Frankfurt" gestellt. Mitarbeiter dieser Einrichtung haben weitergehende Erfahrung in Sachen "Rechtsextremismus" und arbeiteten u.a. mit der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank zusammen.

[ Anmerkung des Protokollanten: Siehe auch: Bildungsstätte Anne Frank e.V., Hansaallee 150, 60320 Frankfurt am Main <http://www.jbs-anne-frank.de> ]

- Der SK stellt klar: wenn eine sog. "Konfliktlösung" angestrebt wird, was vom Dialog beschlossen werden könnte, dann ist dies nur mit externer, fachlich qualifizierter Hilfe möglich.
- Magges erläutert hierzu den Kostenrahmen: 8.000 - 15.000,- Euro müssten hier für einen Mediationsprozess für rund ein bis eineinhalb Jahre finanziert werden. Es gäbe Möglichkeiten dies teilweise über Förderprogramme und -mittel zu finanzieren. Die restlichen Aufwendungen müssten von den Gruppen und Bünden getragen werden.
- Wolfgang, SK berichtet: Der Pfadfinderbund Nord (PBN) wurde, wie am 2. Treffen besprochen und vom Plenum gewollt, vom SK als Gast für das heutige Treffen eingeladen. Der Bund ist zum 3. Treffen nicht erschienen und hat im Vorfeld lediglich mitgeteilt, Zitat aus der Mailantwort: »Wir haben deine Mail [ von Wolfgang, SK ] bekommen, sind aber in unserer Bundesführung und anderen Gremien noch zu keiner Entscheidung gekommen ob wir wirklich letztendlich mitmachen wollen ...«. - Die Deutsche Freischar wurde wie beantragt eingeladen, will aber am Dialog nicht teilnehmen. U.a. wählt die Freischar im Herbst eine neue Bundesführung, dann kann sich ggf. eine Teilnahme ergeben.

Antwort der Freischar [ siehe Anlage 01 ]

- Wolfgang, SK stellt den Antrag den Ska-Bund nach zweimaliger Nichtteilnahme erneut in den Dialog aufzunehmen. Der Ska-Bund habe sich für dieses Treffen entschuldigt, da er keine Kapazitäten für die Teilnahme habe. Möchte aber weiterhin als vollwertiges und stimmberechtigtes Mitglied des Dialoges gewertet werden, insbesondere hinsichtlich der Einladung und des 4. Treffens.
- Abstimmungsberechtigt: 24
- Abstimmung via Stimmkarte heben
- Abstimmung: 22 Dafür / 0 Dagegen / 2 Enth
- Der Antrag ist angenommen
- Der SKA Bund wird eingeladen und ist weiterhin vollwertiges und stimmberechtigtes Mitglied

10:25 Uhr

- Bericht der Burggremien
- Die Vertreterin des Stiftungsvorstands gibt einen Kurzbericht und liest einen offenen Brief vor.

Brief zum 3. Dialog der Bünde [ siehe Anlage 02 ]

- Der Geschäftsführer der Jugendbildungsstätte (JuBi) berichtet über die Arbeit und Schulung am Thema »Grauzonen des Rechtsextremismus« der Burggremien mit dem "beratungsNetzwerk hessen, Mobile Beratungsteams gegen Rechtsextremismus".
- Es wurde ebenfalls die Arbeit von Begriffsdefinition vorgenommen. Hierzu wurden fachkundige Externe eingeladen wie z.B. Dr. Helmut Kellershohn.

[ Anmerkung des Protokollanten: Helmut Kellershohn (Jahrgang 1949) ist ein deutscher Historiker und Gründungs- und Vorstandsmitglied des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Er forscht und publiziert zu den Themen Rechtsextremismus und Neue Rechte, Konservatismus und Völkischer Nationalismus. Siehe auch: <http://www.diss-duisburg.de/mitarbeiterinnen/helmut-kellershohn/>  
Im Juli 2013 gab Kellershohn ein Interview in der „jungen Welt“: [https://www.unrast-verlag.de/images/stories/virtuemart/product/752\\_kellershohn\\_dsjf\\_interview.pdf](https://www.unrast-verlag.de/images/stories/virtuemart/product/752_kellershohn_dsjf_interview.pdf). Die „junge Welt“ wird vom Verfassungsschutz des Bundes (BfV) beobachtet. Im Verfassungsschutzbericht 2009 wurde die Zeitung als „ein bedeutendes Printmedium im linksextremistischen Bereich“ bezeichnet, in den Verfassungsschutzberichten 2010, 2011 und 2012 als das bedeutendste. "Das derzeit bedeutendste und auflagenstärkste Printmedium im Linksextremismus ist die traditionskommunistisch ausgerichtete Tageszeitung „junge Welt“ (jW). Die bereits in der DDR von der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ)

herausgegebene Zeitung erscheint heute mit einer täglichen Auflagenhöhe von 18.500 Exemplaren im eigenständigen Verlag „8. Mai GmbH“ mit Sitz in Berlin. (...) Einzelne Redaktionsmitglieder und ein nicht unerheblicher Teil der Stamm- und Gastautoren sind dem linksextremistischen Spektrum zuzurechnen. Die jW versteht sich als „klassenbewusste, kämpferische marxistische Tageszeitung“. Sie ist „stark daran interessiert, dass sich Klassenkämpfe im Lande und weltweit entwickeln“. Im „Kampf“ zur Errichtung einer sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaft schließt die jW Gewalt nicht ausdrücklich aus. Immer wieder bietet sie Personen eine Plattform, die politisch motivierte Straftaten gutheißen.“  
Quelle: Verfassungsschutzbericht 2013, Seite 189f. ]

- Alle Mitarbeiter und Gremien der Burg waren und sind an der "Aufarbeitung", der Weiterbildung und den Schulungen beteiligt.
- Am 15. Juni 2014 erfolgt der Abschluss der Schulung.
- Ziel soll u.a. sein, die eigene Haltung und die eigene Geschichte "Der Burg" zu reflektieren, Fehler und Möglichkeiten für die Zukunft zu erkennen.

Einladung, Protokoll + Arbeitsergebnisse [ siehe Anlage 03 ]

- Die Stiftungsvorstandsvorsitzende richtet einige Gruß- & Dankesworte an das Plenum.
- Sie berichtet, dass die Burg ohne Bünde traurig sei und, dass man mit starken Rückgängen in der Belegungen, vor allem bei Klassenfahrten etc., zu kämpfen habe.
- Alle Gremien kämpfen um die wirtschaftliche Existenz und das Überleben der Burg!
- Die Stiftungsvorstandsvorsitzende sagt Danke für die Arbeit und Motivation des DdB. Ziel sei eine Zusammenführung der Ergebnissen der Arbeit der Burggremien und des Dialogs.
- Wolfgang, SK fragt, ob jemand der Teilnehmer weitergehende Fragen an die hier Anwesenden der Burggremien hat. Dies wird verneint.

10:35 Uhr

- Beginn des Vortrages von Prof. Dr. Roland Eckert.
- Roland gibt bekannt, dass sein frei gehaltener Vortrag audiotechnisch aufgezeichnet wird, u.a. um nachzuvollziehen, was vorgetragen wurde und für Zwecke der Archivierung.

[ Anmerkung der Protokollanten: Rolands Vortrag ist hier in stark gekürzter Form aus den schriftlichen Aufzeichnungen der Protokollanten und unter Mithilfe / Kommentierung des Vortragenden wiedergegeben. Eine Veröffentlichung der Audiodatei oder einer Transkription der Aufzeichnung ist vorgesehen. ]

- Er gibt einige Informationen zu der Entwicklung seiner Forschung auf dem Gebiet Jugendbewegungen, staatliches Handeln und Radikalisierung damit die Teilnehmer die Grundlage seiner Argumente einschätzen können.

- Die Tötung Benno Ohnesorgs und die Entwicklung der Studentenbewegung sei eine Motivation für seine Forschung über Konflikte, Radikalisierung und Eskalation von Gewalt gewesen.

[ Anmerkung des Protokollanten: Benno Ohnesorg (\* 15. Oktober 1940 in Hannover; † 2. Juni 1967 in Berlin) war ein West-Berliner Romanistikstudent, der bei einer Anti-Schah-Demonstration am Abend des 2. Juni 1967 durch den West-Berliner Polizeibeamten Karl-Heinz Kurras hinterrücks erschossen wurde. Mit dem Tod von Benno Ohnesorg begannen 1967 die Studentenproteste in der BRD. Nachdem 2009 bekannt wurde, dass Kurras 1967 inoffizieller Mitarbeiter (IM) des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (Stasi) gewesen war, wurden neue Ermittlungen durchgeführt. Sie ergaben 2011, dass er auf Ohnesorg ohne Auftrag, unbedrängt und wahrscheinlich gezielt geschossen hatte. Er wurde dennoch nicht erneut angeklagt. Siehe auch: [http://de.wikipedia.org/wiki/Benno\\_Ohnesorg](http://de.wikipedia.org/wiki/Benno_Ohnesorg) ]

- 1970 bis 1980 folgten Aufsätze über Konflikte, Protestbewegungen, und die Eskalation von Gewalt und Terrorismus sowie über zivile Formen politischer Beteiligung (Bürgerinitiativen).

- Diesen Überlegungen über innergesellschaftliche Konfrontationen und ihre Wirkung folgte qualitative empirische Forschung über die Erfahrungen von Polizisten und Demonstranten (z.B. beim Kampf gegen die Startbahn-West am Frankfurter Flughafen sowie den Blockadeaktionen der Friedensbewegung gegen den „Nachrüstungsbeschluss“ in den frühen achtziger Jahren). In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurde in Trainingsgruppen erhoben, wie sich das Weltbild der Kontrahenten (Bezugsgruppen der Öko- und Friedensbewegung einerseits, Politikern, Unternehmensvertretern und Polizeibeamten andererseits) verändert, wenn sie (in einem Rollenspiel) die Argumente ihrer Gegner vertreten müssen. 1988 wurde Roland Eckert in die „unabhängige Gewaltkommission“ der damaligen (schwarz-gelben) Bundesregierung berufen. Durch den Fall der

Mauer wurden die Ergebnisse der Untersuchung zur Startbahn-West allerdings nicht mehr viel beachtet.

[ Ergänzender Kommentar von Roland Eckert: Nach der ersten erfolgreichen deutschen Revolution unter dem Motto „keine Gewalt“ hoffte ich, mich fröhlicheren Themen zuwenden zu können, es folgten Studien über die Bildung von Cliques, Szenen und „Spezialkulturen“ auf dem kulturellen Markt, der durch die Medien hergestellt wird und zunehmend das Leben von Jugendlichen durchdringt. ]

- 1992 folgte ein weiteres Thema: Das Bundeskriminalamt regte an, die sozialen Hintergründe der fremdenfeindlichen Gewalt zu erforschen. Wie kommt es dazu, dass Asylbewerberheime und Wohnhäuser von Türken in Ost und West angezündet werden? Es folgte eine umfangreiche Sammlung und Aufarbeitung von Polizeidaten und Gerichtsakten, Feldstudien und Experteninterviews über die Eskalationsprozesse vor Ort. Daraus entstanden die ersten Studien über Fremdenfeindlichkeit in der BRD.

[ Anmerkung der Protokollanten: a.) Willems, Helmut; Eckert, Roland; Würtz, Stefanie & Steinmetz, Linda (1993). Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalationen. Opladen: Leske & Budrich. b.) Willems, Helmut; Würtz, Stefanie & Eckert, Roland (1994). Analyse fremdenfeindlicher Straftäter. Forschungsprojekt. Reihe: *Texte zur Inneren Sicherheit*, hrsg. vom Bundesminister des Innern ]

- Roland wurde 1999 in das Gremium zur Erstellung der „periodischen Sicherheitsberichte“ der Bundesregierung für 2001 und 2006 berufen, in dem er die Kapitel über politisch motivierte Gewalt und Terrorismus betreute.

[ ergänzende Anmerkung von Roland Eckert: 2012 habe ich die Ergebnisse meiner Jugendforschung in einem Buch „Die Dynamik jugendlicher Gruppen – über Zugehörigkeit, Identitätsbildung und Konflikt“, sowie die Ergebnisse über politisch motivierte Gewalt in einem Buch „Die Dynamik der Radikalisierung – über Konfliktregulierung, Demokratie und die Logik der Gewalt“ publiziert. Die neusten Arbeiten gelten der Bewältigung des nationalen Traumas in Deutschland sowie den Gründen für das Versagen des Verfassungsschutzes angesichts der Zwickauer Terrorzelle NSU. ]

- Zum Konflikt um die sogenannten rechten Bünde kam Roland 2009, als er am Rand des Singewettstreits auf der Burg Waldeck zu einer Besprechung eingeladen wurde, in dem es um die Frage ging, was man gegen die "rechten Bünde" tun könne. Es folgte ein Vortrag auf dem Seminar "Demokratisch-rechts-Antidemokratisch" auf der Burg Waldeck im März 2010.

- Nach Lektüre und Analyse der DdB-Unterlagen ist Roland zur Meinung gekommen, dass der Dialog sich mächtig "verhakt" hat und wir zunächst über grundlegende Fragen der Konfliktregulierung in Gesellschaften sprechen müssten, bevor wir die konkrete Auseinandersetzung verhandeln. Die innerbündischen Konflikte sind nur in einem größeren und grundlegenden Zusammenhang zu verstehen.

- Roland: Der Mensch ist ein Wesen, das seine eigenen persönlichen Grenzen transzendiert, und zwar in Richtung auf Gemeinschaften, denen er sich zugehörig fühlt. Diese Gemeinschaften verstehen sich über eine je besondere Herkunft und eine erhoffte Zukunft. Diese grundlegende Sozialität des Menschen ist nicht notwendig friedlich. Sie motiviert Menschen auch immer wieder, für ihre Gemeinschaften zu kämpfen, zu sterben und zu töten – guten Gewissens. Ein Grundproblem jeder politischen Ordnung ist es daher, Wege der Konfliktregulierung zu finden, damit die „altruistischen“ d.h. an einer größeren Gemeinschaft orientierten Bereitschaften auf friedlichem Wege wirksam werden können.

- Roland geht im weiteren auf die Entwicklung der Gesellschaft aus ursprünglichen (Bezugs-)Gemeinschaften wie Familien, Sippe oder Nachbarschaften zu Stämmen, Völkern und später Nationen ein und bringt aktuelle und historische Beispiele, wie z.B. die deutsch-französische Erbfeindschaft, geht auf die Grundideologien des 19. und 20. Jahrhunderts ein und erläutert die historische Entwicklung bis zum europäischen Einigungsprozess. Er erläutert anschließend den Zusammenhang mit den Positionen der Neuen Rechten und stellt den Bezug zu den rechten Bünden her.

[ ergänzende Anmerkung von Roland Eckert: Ein wichtiger evolutionärer Schritt auf diesem Wege war es, die Racheandrohung und Rache, mit der Verwandtschaftseinheiten sich gegeneinander zu sichern suchten, durch religiöse Vorgaben („die Rache ist mein, spricht der Herr“) oder durch hoheitlich gesicherte Rechtsprechung und – Rechtsdurchsetzung abzulösen. So erfolgreich diese Zivilisierung durch Religion und Recht innerhalb von staatlichen

Rechtsordnungen auch sein mochte – die Staaten traten nichtsdestoweniger selbst als gewalttätige Akteure gegeneinander auf. Im 19. und 20. Jahrhundert wurden dann umfassende Ideologien ausformuliert, die die Gemeinschaften definieren, denen die Menschen angehören und für die sie notfalls andere und sich selbst zu opfern bereit sind. Solche Ideologien, insbesondere der Nationalsozialismus und der Kommunismus haben die mörderischen Fronten des 20. Jahrhunderts gebildet. Der islamistische Jihadismus von heute ist ein Abkömmling dieser Ideologisierung.

Die Hoffnungen, dass nach dem Ende des Ostwestkonflikts ein „Ende der Geschichte“ (Fukuyama) eingetreten sei, haben getrogen. Ethnien, Religionen, Staaten definieren erneut die vorgestellten Gemeinschaften, für die und gegen die zu kämpfen und zu töten sei. Gewalt beginnt sich wieder zirkulär zu legitimieren. Was kann man dagegen tun? Wir müssen Ordnungen schaffen, in denen auch die internationalen Konflikte reguliert werden können und wir müssen für die Geltung der Menschenrechte weltweit eintreten. Und genau hier werfen die Ideen von de Benoist, von Weißmann, Kubitschek und Molau, in einer vulgären Variante von Menzel und einer weichgespülten Variante von Stein grundsätzliche Probleme auf. Ihre Positionen werden den Bünden, denen sie angehören oder angehört, zugeschrieben. Das ist der Grund für den Konflikt, in dem ihr euch befindet. Distanzierungen der Rechten Bünde von diesen Vordenkern sind bisher kaum erfolgt.

Die Probleme dieser Ideen liegen nicht darin, dass in ihrem „Ethnopluralismus“ den verschiedenen Kulturen (also auch der deutschen und europäischen) ein Eigenwert zugesprochen wird – es gibt kaum jemand, der diesem Eigenwert widersprechen würde. Eine der aktivsten Menschenrechts-gruppen, die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ (gegründet aus dem bündischen Raum heraus) widmet sich genau diesem Eigenrecht. Die Probleme entstehen aber – erstens – durch die Vorstellung, dass Kulturen auf je besonderen Territorien kultiviert werden müssten, sodass die Multikulturalität, (die auch früher die Geschichte der Menschheit bestimmt hat, aber heute durch die Globalisierung eine neue Dynamik erhält) zu bekämpfen sei. Man kann darüber streiten, ob es sinnvoll war, in den fünfziger und sechziger Jahren „Gastarbeiter“ anzuwerben. Gleichwohl müssen die Menschen und Familien, die hier ihre Heimat gefunden haben, anständig behandelt und integriert werden.

Probleme entstehen – zweitens – durch die Skepsis oder gar Feindschaft gegenüber den in unserer Verfassung verbrieften Menschenrechten, die nicht auf einzelne Abstammungsgemeinschaften oder Staaten eingeschränkt werden dürfen. (So u.a. in: de Benoist 2004 Edition Junge Freiheit). Sicherlich gibt es eine besondere Fürsorgepflicht, die wir für unsere Anverwandten, unsere Nachbarn, unser Volk und unsere Glaubensbrüder empfinden und empfinden sollen. Menschenrechte sollen aber alle Menschen davor schützen, ihres Lebens, ihrer Freiheit und ihrer gleichen Würde beraubt zu werden.

Und hier liegt das dritte Problem – wenn in den Schriften der Neuen Rechten, wie ich feststellen musste, behauptet wird, ein Volk habe keine Identität mehr, wenn es keinen Feind bezeichnen könne, oder wenn davon schwadroniert wird, man habe den Deutschen den natürlichen Aggressionstrieb „abtrainiert“, wenn den Zuwanderern das „deutsche Zivilisationsniveau“ „abgesprochen wird und sie pauschal mit Kriminalitätsvorwürfen belastet werden, die jeder wissenschaftlichen Analyse Hohn sprechen. Wir haben im zwanzigsten Jahrhundert erleben müssen, wie rasch jedes Zivilisationsniveau abstürzen kann: in Deutschland, in der Sowjetunion, in Indonesien, in Kambodscha, in Ruanda und auf dem Balkan. Niemand sollte sich heute noch auf ein sicheres Zivilisationsniveau verlassen oder gar dazu beitragen, dass wir wieder einbrechen.

Auch andere neurechte Ideen machen deutlich, wie Vorstellungen einer kulturellen Homogenität der Völker mit dem Recht auf Selbstbestimmung in Konflikt geraten, z.B. wenn die Forderung gestellt wird, die Heterogenität der Lebensentwürfe von Männern und Frauen wieder auf traditionelle Rollendefinitionen festzulegen. Die sind nicht von vornherein „falsch“, müssen aber von den Partnern selbst gewählt werden.

Was hat das alles mit den Bünden zu tun? In den Bünden sammeln sich Jugendliche, die für Gemeinschaften empfänglich sind und die nach einem überpersönlichen Lebenssinn suchen. Jede und jeder in diesem Raum hier wird dies in sich spüren. Diese Bereitschaften sind der Stoff, mit dem großartige Leistungen erbracht werden, auf die unser Land und die Welt nicht verzichten können. Auch alle Menschenrechts- und Ökoinitiativen beruhen darauf. Dieser Treibstoff namens „Altruismus“ ist aber zugleich höchst gefährlich: auch Kampf, Opfertod und Mord werden mit ihm angetrieben. Es liegt auch an den Bünden, welche Orientierung hier gefunden wird. Die Affinität vieler Bündischer vor achtzig Jahren zum Nationalsozialismus oder vor vierzig Jahren zu maoistischen Kampfbünden sollten Warnzeichen für uns sein. ]

11:30 Uhr

- Ende des Vortrags und kurzes "Durchatmen".

11:38 Uhr

- Beginn der ersten Diskussionsrunde über den gehörten Vortrag von Roland.

- Der Vertreter des Wandervogel Lippe - Jungenbund (WVLip) bezieht sich auf Teile des Vortrages von Roland: Fördert "Diskursausschluss" die Radikalität? Seiner Meinung nach ja.

- Roland: "Ja."

- Die Vertreterin des VCP fragt: "Hast du einen bündischen Hintergrund?"

- Roland: Ja, meine Eltern kommen beide aus dem Wandervogel. Mein Vater war der letzte

Geschäftsführer der Gildenschaft vor 1933. Er hat sich freiwillig an die Ostfront gemeldet und ist ein halbes Jahr später gefallen. Ich habe dann nach dem Krieg eine kleine Wandervogelgruppe gegründet, mich später der Jungenschaft angeschlossen und 1960 einen Bund gegründet, der 1967/68 zerbrochen ist. Zwischen 1968 und 1973 habe ich mich dann weitestgehend aus der Jugendbewegung zurückgezogen, habe eine Familie gegründet und konnte mich nun endlich der bis dahin vernachlässigten Wissenschaft widmen.

- Der Vertreter des BduJ fragt, "wo liegt nun der eigentliche Konfliktherd?" Was bzw. woran kann der Konflikt erkannt und benannt werden. Nur an einer einzigen Gruppe oder an einem Gedanken, einer Meinung, einem Artikel etc.

- Roland Der Grundkonflikt ist der Konflikt, „Wie gehen wir mit Heterogenität um?“. Wie gehen wir damit um, dass Leute etwas anderes glauben, als ich glaube. Das ist gar nicht so einfach. Roland bringt ein Beispiel aus dem früheren Deutschland bzgl. Umgang zwischen Katholiken und Protestanten vor allem auf dem Land.

- Roland bringt ein Beispiel aus einem anderen Land. Nach dem Untergang des ethnisch und bis zu einem gewissen Grad auch religiös heterogenen alten Osmanischen Reiches versuchte Atatürk eine neue Einheit aufgrund von ethnischen, d.h. vor allem sprachlichen Abgrenzungskriterien zu stiften. Grundlage der „modernen“ Türkei wurde das „Volk“ der Türken. Griechen wurde man durch „Bevölkerungsaustausch“ los, Völker wie z.B. die Kurden und Armenier sollten zwangsassimiliert werden. Ethnische Homogenität war das Ziel. Zwangsassimilation bewirkt aber das Gegenteil: die Kurden wollten keine „Bergtürken“ sein und nahmen den Kampf auf – bis heute.

- Der Vertreter des CJ A fragt: Stimmt es, dass, wenn die DJ mit dem Kriterium "politische Bünde", die Heterogenität der DJ begrenzt, nicht dasselbe tun, was sie den ausgegrenzt Bünden vorwirft.

- Roland: Deine Aussage betrifft genau das Grundproblem! Weder die Negierung der Gegensätze noch die Ausgrenzung lösen den Konflikt. Nur die inhaltliche Konfrontation und Auseinandersetzung kann Klarheit über die Differenzen bringen und mögliche gemeinsame Prinzipien zutage fördern. Solange Argumente ausgetauscht werden, besteht Hoffnung. Diese Chance sehe ich bei den Rechten Bünden – anders als bei den Neonazis. Bei denen rede ich auf Gegendemonstrationen, die deutlich machen sollen, dass sie keine Chance haben, die Menschen hinter sich zu bringen.

- Die Anwesenden tauschen sich noch rege über einzelne Punkte des Vortrags und der in der Diskussion entstandenen Fragen und Meinungen aus.

Pause bis 12:00 Uhr

12:05 Uhr

- Das Plenum kommt wieder zusammen.  
- Wolfgang gibt Hinweise zum photographieren.

- Beginn der zweiten Diskussionsrunde über den gehörten Vortrag von Roland.

- Der Vertreter des DPBM Es beschäftigt mich die Frage: Heterogenität erfordert einen Grundkonsens, dass man das will: "Heterogenität". Wie siehst Du das bei einem Konzept wie "Ethnopluralismus", der ja eigentlich Heterogenität ausschließt? Das ist aus meiner Sicht einer der wesentlichen Punkte, die wir hier diskutieren müssen.

- Roland: Du hast Recht. Ich habe mich in meinem Aufsatz über die Neue Rechte mit dieser Homogenitätsforderung des Ethnopluralismus auch intensiv auseinandergesetzt, und auch an Beispielen gezeigt, welche fatalen Konsequenzen diese Homogenitätsforderung hat.

- Roland bringt mehrere Beispiele u.a. Aussagen von de Benoist, Weißmann und Kubitschek, sowie ein praktisches Beispiel zu "Identität durch Feindschaft".

- Roland: Der Umgang mit Heterogenität ist schwierig und ich würde auch davor warnen zu viel Heterogenität auf einmal einer Gesellschaft zuzumuten. Das ist eine zentrale Frage, auf die die Bünde eine Einigung finden müssen, wenn sie den Konflikt lösen wollen.

- Der Vertreter des WVLip an die BduJ gewandt: Feindgruppen werden beschrieben, dann erklärt wer dazu gehört und Äußerlichkeiten benannt. (z.B. Zimmermannshose) aber die Wirklichkeit ist eine andere.

- Der Vertreter der KI Es ist sicherlich richtig, Heterogenität kann nicht in ihrer Vollkommenheit ausgeprägt momentan gelebt werden - und wir aus den Bünden denken ja oft, dass wir gut gebildet sind und humanistisch erzogen, bestimmte Dinge besser erklären zu können als andere. Inhaltliche Grenzen müssen aber sein. Und Kriterien sind der Dreh- und Angelpunkt für den Dialog und nur Kriterien die wir erarbeiten können uns Leitlinien sein. Und auch von anderen, die heute nicht hier sind, nachvollzogen und angenommen werden.

- Roland: Ich glaube man kann es noch etwas plastischer machen. Ich habe für eine kommunikative Lösung des Konfliktes plädiert. Ich plädiere seit langem dafür, tatsächlich gegen die Neonaziaufmärsche in den Städten mit Gegendemonstrationen zu antworten. Und zwar aus einem ganz bestimmten Grunde: Diese Leute sind ja der Meinung, dass sie die eigentlichen Meinungen des Volkes vertreten. Und sie müssen durch diese Gegendemonstrationen klar gemacht bekommen, dass dies nicht der Fall ist. Aber ich bin hier schon in der Tat der Meinung ... also ich würde in dieser Sache sehr stark zwischen den rechten Bünden innerhalb der Jugendbewegung und den NPD-Aufmärschen rundum im Land, auch in Trier oder sonst wo unterscheiden. Also Kommunikative Lösung, wo sie überhaupt möglich ist, Abgrenzung da wo die kommunikative Lösung nicht funktioniert.

- Roland: Es gibt dabei auch inhaltliche Grenzen: Menschenrechte, wie sie im Grundgesetz formuliert sind, sind nicht verhandelbar. Schariagerichte z .B. sind im Rechtsstaat nicht akzeptabel. Die Grenze wird unausweichlich, wenn das Leben derer, die nicht der eigenen Gemeinschaft angehören, nichts mehr gilt. Wir können die Flüchtlinge im Mittelmeer nicht absaufen lassen.

- Der Vertreter der DG Dein Vortrag war gut und präzise. Jedoch die Deutsche Gildenschaft (DG) wurde wieder einmal nur auf zwei, drei Namen herunter gebrochen und gleichgesetzt mit der "Neuen Rechten". Beide Namen haben schon länger nichts mehr mit der DG zu tun!

- Der Vertreter der DG Ich würde es völlig herumdrehen. Nicht die wenigen Leuten die vor 10, 15, 20 Jahren in der DG waren haben die Neue Rechte hervorgebracht, sondern die Neue Rechte hat eben auch wenige Menschen aus der DG an sich gezogen.

- Roland: Die führenden Köpfe der Neuen Rechten von heute kommen immerhin aus der Gildenschaft. Ihnen kommt es „auf eine rechte Milieubildung an“. Bei Weißmann heißt das "Metapolitik". Solange diese These, dass es euch auf eine rechte Milieubildung ankommt nicht glaubhaft widerlegt wird, wird der Konflikt nicht gelöst werden können und der Ludwigstein wird zugrundegehen.

- Der Vertreter der DG Ich finde es schwierig wenn zwei Leute aus einer Gemeinschaft kommen und z.B. Journalisten dies publizieren und damit die ganze Gemeinschaft brandmarken, obwohl die Gruppe diese Publikationen der zwei definitiv nicht unterschreiben würde und nicht einmal so denkt!

- Roland: Ja, das ist nicht gerecht! Aber so läuft es nun mal.

- Roland: Wer ein Label aufgeklebt bekommt, der muss zusehen, dass er es wieder los wird. Sonst hat er ein Problem. Manchmal sogar ein riesengroßes Problem!

- Der Vertreter der BAG Der Begriff "Neue Rechte" (NR) hat wohl hier eine große Relevanz. Dazu kann ich ausführen: In den 50er, 60er Jahren, als die Neue Rechte entstand – wörtlich als Gegensatz zur "Alten Rechten" (AR) – galt es, sich auch verbal deutlich abzugrenzen. Die NR wollte deutlich anders sein als die AR und hatte weitestgehend inhaltlich auch gar nichts mit der AR gleich oder wollte mit ihr zu tun haben.

- Alle Überhöhungen großer Sachen sind gefährlich = Nation, Familien die andere unterdrücken sind gefährliche Bewegungen

- Die Neue Rechte (damals) war der Versuch den Wert der Nation neu zu bestimmen.

- Ausschluss/Ausgrenzung kommt heute aus den linken Gruppen bei uns aus den Bünden und nicht aus der Mitte oder von rechten Bünden.

- Roland gibt seine Zustimmung zur historischen Ableitung. Weiter: Ja es sind eher die linken Gruppen, die gegenwärtig mit der Ausgrenzung schnell zur Hand sind. Aber ich habe doch den Eindruck, dass mit Weißmann und Kubitschek und ihrem Rückgriff auf Carl Schmitt und Konrad Lorenz das Ganze eine neue Qualität gefunden hat.

- Roland: Es gibt einen Punkt an dem das Ganze eine neue Kraft und Gefährlichkeit bekommt. Mit der Brandmarkung von Einwanderung werden ethnische Loyalitäten nicht mehr nur als Bereiche von

besonderer Solidarität bezeichnet, sondern mit Feindbildern und Bürgerkriegsszenarien (siehe auch: Hinz, Thorsten *Zurüstung zum Bürgerkrieg*, Edition Antaios, Schnellroda 2009) verknüpft. Wenn man sich hier als Gruppe oder Bund nicht deutlich abgrenzt und das Label abreißt, wird man dazugerechnet.

- Roland: Kubitschek will eine Neue Rechte nach dem Vorbild der Neuen Linken bauen und bezieht sich ja sogar explizit auf die Dutschke-Aktionen in Berlin und wohin das führt hat vor knapp 40 Jahren die RAF gezeigt.

- Roland: Menschenrechte sind heute insgesamt zunehmend bedroht, und zwar nicht nur von außen. Der 11.09.2001 hat beispielsweise dazu geführt, dass die USA die dreihundertfünfzigjährige Tradition des »Habeas Corpus Act« von 1679 ausgesetzt hat, demzufolge niemand ohne Gerichtsbeschluss auf längere Zeit eingesperrt werden darf.

[ Anmerkung des Protokollanten: Habeas Corpus (lat. „du sollst den Körper haben“) waren die einleitenden Worte von Haftbefehlen im Mittelalter. Zu Beginn der Neuzeit waren die Worte ein Begriff für Verhaftung. Durch den Habeas Corpus Act in England wurde aus den beiden Worten ein Begriff für das Recht Verhafteter auf unverzügliche Haftprüfung vor Gericht. Lange nach der Magna Carta und kurz vor der Bill of Rights war dieses Gesetz im Jahr 1679 ein historischer Schritt zum Rechtsstaat.

In Deutschland können die „Habeas-Corpus-Garantien“ von Art. 104 des Grundgesetzes durch Verfassungsbeschwerde geltend gemacht werden, weil sie grundrechtsgleiches Recht sind. Mehrtägiger Freiheitsentzug unterliegt dem Richtervorbehalt. Die „Habeas-Corpus-Rechte“ waren schon in die Weimarer Verfassung aufgenommen worden. Die Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft behandelt das Thema in Art. 31 und verzichtet auf konkrete Fristen. aus: Wikipedia [http://de.wikipedia.org/wiki/Habeas\\_Corpus](http://de.wikipedia.org/wiki/Habeas_Corpus) ]

- Roland: Unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen aller Industrienationen werden Positionen, die von Carl Schmidt über Armin Mohler in die Neue Rechte, also vor allem Schrenck-Notzing und dann eben Karl-Heinz Weißmann führen, so überaus gefährlich. Und daraus resultiert dann eben auch diese irrsinnige Etikettenkleberei. Deswegen habe ich auch Stellung bezogen argumentativ an die Sache heran zu gehen.

- Roland: Meine Kritik richtet sich nicht nur an die sogenannten rechten Bünde, sondern auch an den Ludwigstein. Der Ludwigstein hat sich mit der grundsätzlichen Diskussion nicht auseinandergesetzt. Sich nur auf rechtliche Standpunkte zurückzuziehen war nicht klug, aber sicher nachvollziehbar.

- Roland geht auf eine in den ihm zur Vorbereitung zugesandten Unterlagen des Dialogs formulierten Frage ein, warum man bei den kritisierten Bünden zwischen "rechtsextrem" und "extrem rechts" unterscheidet. Er bezieht sich auf einen Fernsehbeitrag über das Meissnerlager im Herbst 2013 und darin auf eine Passage in einem Interview, welches die Filmemacher mit Jesko Wrede (früher BdP, jetzt Zugvogel) geführt haben. Er erläutert dazu: "Rechtsextrem" ist ein verfassungsrechtlicher Begriff, anders als "extrem rechts". Indem er den Begriff „rechtsextrem“ nicht benutzt, kann Wrede Gerichtsverfahren vermeiden.

- Roland: Der Ludwigstein bezieht sich auf den Grundsatz "wer nicht verfassungswidrig ist, ist bei uns willkommen".

- Der Vertreter der CJ A: Ich möchte deinem letzten Punkt widersprechen. Ich finde es gut, dass sich die Burg auf die grundsätzliche Einhaltung der FDGO bezogen hat. Nur so kann eine solche Institution arbeiten. Ich kann sicher kritisieren, dass die Burg sich nicht aktiv vor Jahren dafür eingesetzt hat verschiedene Gruppen ins Gespräch zu bringen und mit den Ergebnissen auch eine (bündische) Öffentlichkeit zu bedienen. Aber wer anfängt "einfach nur zu labeln" macht sich mitschuldig.

- Roland: Sich auf die FDGO als Grundlage zu beziehen und diese auch klar zu kommunizieren ist sicher richtig - reicht aber nicht.

- Der Vertreter des VCP Willst du denn "Christlicher sein als der Papst?".

- Roland: Ja, denn es reicht nicht, sich nur auf eine - sicherlich grundlegende - Regel zu beziehen. Dieses Ruhekissen ist zu wenig.

- Im Plenum geht es nun hin und her um die (bisherige) Haltung der Burggremien und die ganzen rechtlichen Bedingungen die eine Institution wie die Burg beachten bzw. einhalten muss.

- Der Vertreter der CJA Mich hat es sehr negativ erwischt, dass die Fremddefinition, das Labeling, so einen Stellenwert hat. Ich finde die persönliche Begegnung ist der Gruppenbegegnung vorzuziehen. Denn

befinde ich mich in dieser oder jener Gruppe, habe ich ggf. plötzlich ein Label auf der Stirn und kann dieses nicht mehr selbst abziehen, da ich alleine nicht die Kraft habe. Das bedeutet, ich begegne Menschen die angeblich "schlecht" für uns alle in der Deutschen Jugendbewegung (DJ) sind und plötzlich werde ich von einigen wenigen, wie z.B. dem Jesko Wrede "gelabelt" und bin dann auch ein Schlechter in den Augen der selbsternannten Guten! Und kann nichts dagegen tun! Das kann es ja nicht sein!

- Der Vertreter der WJN Es hat eine klare Verschiebung des Wertekanons stattgefunden! Was vor 20, 30 Jahren definitiv links war, ist heute jenseits der berühmten roten Linie "plötzlich" rechts. Ich habe mich immer als Linker gesehen und seit wenigen Jahren muss ich feststellen, dass, was ich immer als links gesehen habe, nun auf der politischen rechten Seite zu finden ist. Auch hat die DJ per Definition keine politische Aufgabe und kann so auch nicht politische bewertet werden oder sich selbst politisch bewerten.

- Roland: Ja, da hast du ein riesiges Fass aufgemacht! Es ist natürlich klar, dass ich den Jesko Wrede auch kritisiert habe, aber an einem ganz anderen Punkt. Ich habe seine Methode kritisiert, Menschen zu stigmatisieren, dadurch, dass sie mit jemand anderem Kontakt haben. Also diese Kontaktschuldvermutung. Diese Formulierung der Kontaktschuldvermutung stammt übrigens von "linken" Autoren, wie dem berühmten Verfassungsgerichtsmitglied Heinrich Hannover und Arno Klönne.

- Roland: All das ändert aber nichts an dem zugrundeliegenden Konflikt, der in unserer Gesellschaft schwelt: wie gehen wir mit der Zuwanderung von Gastarbeitern, Flüchtlingen, Asylbewerbern und anderen Fremden um. Können wir Gemeinsames tun? Wie z.B. die Falken, die ein Fest und Lager mit Juden und Aleviten gemacht haben, oder die DG, die nach Rumänien gefahren ist und an Veranstaltungen mit Roma teilgenommen hat. Solche Projekte muss es in Zukunft viel mehr geben.

- Der Vertreter des DPBM bittet nicht nur alles hier auf "einfaches Labeling" herunter zu brechen, sondern die wirklichen Punkte und Kriterienbereiche zu bestimmen und sie dann als Bewertungsmaßstab heranzuziehen. Dafür benötige ich, dafür benötigen wir, Zeit um das alles zu bearbeiten. Daher haben wir z.B. keine Vorwürfe beschrieben und eingereicht. Und es gibt Grenzlinien, die ich für mich ziehe. Wenn es keine Grenzlinie gibt, dann muss man Konsequenzen ziehen.

- Der Vertreter der DG Ich bin seit 2005 auf der Burg und ich würde ungern diese Kritik von dir Roland so stehen lassen. Die Burg steht nicht für mich oder die DG oder eine andere einzelne Gruppe, wer sie auch immer ist, aber sie steht aktiv dafür ein, dass die Freiheit gewahrt wird, dass wir (kritisierten) Bünde und andere Gruppen kommen dürfen und wir uns begegnen können.

- Der Vertreter der DG Wir haben immer und immer wieder auf die Vorwürfe geantwortet. Nichts ist zurückgehalten worden. Man konnte und kann uns immer ansprechen. Auf allen größeren Zusammenkünften, wo die Themen, wie hier am DdB bearbeitet wurde haben wir Rede und Antwort gegeben. Da hat sich seit Jahren nichts geändert.

- Der Vertreter der DG Wir stellen uns, denn wir haben das Label nicht verdient und wollen es endlich los werden.

- Der Vertreter der DG Die einzige Kritik, die ich an der Burg habe ist, dass sie diese demokratische Haltung nicht als ihr eigenes Label vermarktet hat. »Hier ist Freiheit, für die stehen wir und die leben wir vor! Kommt und partizipiert«.

- Roland: Meine Kritik ist nicht, dass nichts gemacht wurde, sondern dass man nicht schon vor Jahren sichtbar aktiv geworden ist. Warum hat man sich nicht mit Fachleuten zusammengesetzt hat, wie jetzt mit Kellershohn und anderen. Warum wurde der Konflikt auf der Waldeck verhandelt und nicht auf dem Ludwigstein?

- Roland: Warum ist kein Ludwigsteiner auf die Waldeck gekommen? War man sich über den Ernst der Lage nicht im Klaren? Glaubte man, das Ganze aussitzen zu können? Was früher eine Frage von Wachheit und Willen gewesen wäre, ist nun Zwang, weil das Label für die Burg "bedrohlich" geworden ist.

- Der Vertreter des WWV Für die Bündischen sollte doch bitte die persönliche Begegnung am meisten zählen und nicht ein Artikel oder ein Bericht der Negatives von einer Gruppe mitteilt (wahr oder unwahr), zudem ggf. die Person, der ich gerade begegne, gar nichts damit zu tun hat. Dieser Herr Menzel ist ja auch kein "OSZE Beobachter" der bündischen Welt und sagt sein Zeug als freier Mensch und hat keinen Auftrag, kein Amt usw. die Szene zu beobachten. Lösungen können nur wir uns selbst

geben und die sehe ich in der Begegnung und dem offenen Miteinander.

- Roland: Der mehrfach lancierte Vorwurf der "rechten Milieubildung auf dem Ludwigstein" ist das Problem! Entkräften könnten dies am besten die als "Rechte Bünde" bezeichneten Gruppen selbst. Wahrnehmung stellt eine soziale Realität dar. Sie kann zu einer Versöhnung oder zu einer Verhärtung auf beiden Seiten führen. Dies kann aber von uns beeinflusst werden. Über den Dialog der Bünde sollte man da weiterkommen.

- Der Vertreter des WWV Ich behaupte mal, selbst wenn sich z.B. die Gildenschaft ins passende Bild rücken will, wird sie auf Grund der von ein paar Wenigen geschürten Angst (z.B: Jesko in Veröffentlichungen o.ä.) dies nicht schaffen. Weil die, die vorher gegen die Burg und die bestimmten Bünde geschrieben haben, das wahrscheinlich auch nach dem Dialog weiterhin tun.

- Roland: Man muss versuchen die Konfliktsituation aufzulösen. Nur wenn man den Anschuldigungen mit Sachargumenten und Beispielen entgegnet, (wie es der Ludwigstein nach dem Eklat getan hat), kann der Konflikt gelöst werden. Leidtragende sind ohne Zweifel die Burg Ludwigstein und die Bünde.

- Wolfgang, SK Fragt die Runde, ob die Rednerliste abgearbeitet werden oder man in die Mittagspause gehen soll?

- Die Runde einigt sich nach kurzem Meinungs austausch auf Mittagessen.

13:45 Uhr

Mittagspause

ab 14:50 Uhr

Mehrfacher Aufruf zum Plenum zusammenzukommen

15:12 Uhr

- Das Plenum ist arbeitsfähig

- Beginn der dritten Diskussionsrunde mit Roland

- Wolfgang, SK sagt, dass Roland noch etwas zu einer Frage des Vertreters-WWV vor der Mittagspause sagen möchte.

- Roland übernimmt das Wort zu: »Angst und Angstüberwindung, Vertrauen und Misstrauen«: Für Misstrauen reicht ein einziger Moment und für Vertrauen braucht es sehr viele Momente. Vertrauen ist immer schwer her- bzw. wiederherstellbar.

- Roland gibt ein Beispiel: Der Freibund hat sich auf dem Zwischentag der Neuen Rechten präsentiert und damit gegen seine Freiburger Erklärung verstoßen, kein politischer Bund mehr zu sein. Ich habe dadurch das Gefühl gehabt, bei meiner Einordnung des Bundes hereingelegt worden zu sein. Vertrauen ist leichter zu zerstören als wieder herzustellen. Das ist jetzt das zentrale Problem der Ludwigsteinbünde. Letztlich geht der Riss aber quer durch die Bevölkerung unserer Gesellschaft. Und kann nicht rasch gelöst werden. Es ist nicht ein Streit zwischen bloß zwei Gruppen, z.B. Zugvogel und Gildenschaft, Freischar und Freibund.

- Der Vertreter der KI zum Vertreter der DG und dem Punkt Milieubildung: Dein Argument steht auf der rechtlichen Ebene und Rolands auf der soziologischen und er hat ebenso Recht, den so funktioniert öffentliche Meinung(sbildung). Andere werfen mit Dreck und bei einigen bleibt was kleben.

- Der Vertreter der DG Wenn wir nicht für beide Ebenen Lösungsvorschläge finden, dann wird auf beiden Ebenen etwas hängen bleiben und Leidtragende wird nicht nur die Burg Ludwigstein sein, sondern darüber hinaus weite Teile der DJ.

- Der Vertreter des WVLip Wir haben einen Konflikt und ein Problem! Das Problem darzustellen reicht nicht und so bleibt der Konflikt bestehen. Der Lösungsansatz sollte sein: Im Dialog Austragen des Konfliktes. Das Problem ist die Darstellung, bedeutet, das Label muss weg! Problem und Konflikt müssen also getrennt werden.

- Roland: Leute hören immer lieber das, was sie ohnehin meinen.
  - Der Vertreter des Freibund (FB) Ja, genau das ist das Problem. Viele hören einfach nicht, was sie nicht hören wollen. Diskussionen und Problemlösung muss gewollt sein und ich sehe hier viele nicht (Gruppen, Bünde, Personen), die eigentlich hier sein sollten, da sie "Hauptvorwerfer" sind!
  - Der Vertreter des FB Wie gehen wir damit um, wenn wir diskutieren und versuchen Lösungen zu finden und einige wichtige Personen und Bünde sind nicht da? Woher soll da Verständnis kommen und wo soll Vertrauen gebildet werden, wenn die, die es angeht nicht da sind? Das Problem mit Marketing zu lösen ist nicht möglich. Nach dem Motto: Label weg und alles ist gut!
  - Roland: Ja das ist eine gute Feststellung, darauf habe ich keine Antwort. Aber es sitzen ja auch nicht die Köpfe der Neuen Rechten in der Runde. Sie sind die eigentlichen "Bezugspunkte", nehmen aber am Dialog der Bünde nicht teil und würden wohl auch nicht teilnehmen wollen, weil sie selbst auf Konfrontation setzen.
  - Roland bringt ein Beispiel, Strategische Position des SDS in den 1960er Jahren, die auch nicht bereit waren, mit ihm (und anderen) zu diskutieren, um eine Lösung zu finden.
  - Roland: Also das ist eine bestimmte strategische Position, die damals vom SDS eingenommen wurde und die gleiche strategische Position sehe ich heute beim Institut für Staatspolitik. Da ist rechte Milieubildung über Konfrontation.
  - Roland: Die sogenannten "rechten Bünde", werden dem rechten Spektrum zugerechnet. Sie werden nicht der NPD bzw. den rechtsextremen Kameradschaften zugerechnet. Sie werden der Neuen Rechten oder nationalkonservativen Linie um die Junge Freiheit usw. zugerechnet.
  - Roland geht im folgenden auf seine Kenntnisse über Freibund und die Fahrenden Gesellen ein: „Ich hatte z.B. mal eine Freundin bei den Fahrenden Gesellen.“
  - Diese Erklärung erzeugt große Heiterkeit im Plenum.
- [ Anmerkung der Protokollanten: Die Fahrenden Gesellen und der Deutscher Mädelwanderbund wurden früher als ein Bund angesehen und waren auch als ein Bund Mitglied im Ring junger Bünde, dem Roland Eckert als Bundesführer des Bund deutscher Jungenschaften damals angehörte. Die FG hatten und haben aber eigentlich keine Mädchen/Frauen in ihrem Bund ]
- Der Vertreter des FB Eine Sache über die ich nicht hinwegkomme, der Fall Weißmann. Der Mann ist Beamter, Lehrer und unterrichtet Schüler - da stellt sich doch die Frage, ist der nicht ständig unter Beobachtung? Und wenn der so gefährlich ist, warum ist der noch im Schuldienst? Oder ist der gar nicht so schlimm?
  - Roland: Nur weil ein Lehrer, der sichtbar und erklärtermaßen rechter Politik zuzurechnen ist, gottlob nicht aus dem Schuldienst entfernt wird, wie es in den 60er und 70er Jahre mit Linken geschehen ist, die gar nicht erst zugelassen wurden, so kann man daraus nicht schließen, dass er dann wohl auch kein rechtsextremer Kopf sein könne. Sicherlich ist er auch zu klug, um seine Schüler zu indoktrinieren. Ich möchte ganz und gar nicht, dass der Verfassungsschutz hier als Richter auftreten soll. Der Verfassungsschutz darf keine Geheimgerichtsbarkeit sein. Man kann dann aber auch nicht sagen, dass harmlos ist, wer im Verfassungsschutzbericht nicht auftaucht.
  - Der Vertreter der KI Gibt einen Hinweis als Jurist, wie Lehrer und Beamte an sich im öffentlichen Dienst behandelt werden und wenn solche (politischen) Hinweise bekannt werden, was dann abläuft.
  - Der Vertreter der KI Für mich ist z.B. Einwanderung auch immer eine kulturelle Bereicherung. Mein eigentlicher Beitrag soll aber sein, dass wir in unseren Kreisen nicht über juristische Dinge und Zusammenhänge sprechen und rechtliche Auslegung leben, sondern dies mehr oder minder eine Private ist. Das heißt, wir entscheiden nicht wegen rechtlichen Grundlagen oder Eckwerten, sondern aus inhaltlichen Gründen heraus. Das heißt: WIR legen fest was WIR wollen, wo unsere Grenzen sind und mit wem WIR wo was und wie machen. Wir sind ein Kreis, der bestimmte Wertvorstellungen hat der für sich entscheiden muss wer dazu gehören darf. Es ist irrelevant, was Verfassungsschutz und öffentliche Behörden dazu sagen.
  - Der Vertreter der DG geht auf den Volksbegriff ein und stellt fest, dass ein exklusiver Volksbegriff als Gefahr bestehen kann, z.B. für den Einwanderungskonflikt. Er verweist auf die sog. "Quedlinburger Erklärung".

[ Anmerkung des Protokollanten: »Erklärung des Bundesvorstandes der Deutschen Gildenschaft« vom 28. September 2008 in Quedlinburg. Siehe weiterführend: <http://www.deutsche-gildenschaft.de/index.php/quedlinburger> ]

- Roland: Die QE war kein Kompromiss! Sondern ist knapp von den CDU-Leuten gegen die Völkischen durchgesetzt worden. Ein exklusiver Volksbegriff kann auch über Kultur, besonders z. B. über die Religion laufen. Wir sehen das in Israel und Palästina.
- Der Vertreter der DG gibt den Hinweis: Der Vorstand der DG hatte damals dem Entwurf der QE, der aus den eigenen Reihen kam, mehrheitlich zugestimmt und sich damals gegen einen langwierigen Ausarbeitungsprozess entschieden. Für einen möglichst breiten Konsens erarbeitet die DG derzeit (Sommer 2014) eine neue DG-Grundsatzserklärung.
- Der Vertreter der DG Ich kann immer noch nicht erkennen, wo und wie vertrauensbildende Maßnahmen gebildet werden könnten.
- Der Vertreter der CJA Die Burg ist nicht privat, auch als privater Verein nicht. Sie hat klare Definitionen und Kanten für Dritte aufzustellen. Das hat sie auch alles mehrfach getan. Auch bin ich etwas frustriert wenn wir hier hören, dass wir z.B. keinen staatlichen Stellen mehr vertrauen sollen, wie z.B. dem Verfassungsschutz! Wer denn sonst soll unsere Freiheit und unser Grundgesetz schützen?
- Der Vertreter der CJA Ich will darauf eingehen, dass wir hier in diesem Kreis die Möglichkeit haben und Vorgaben, wer auf die Burg darf usw., finden könnten. Aber nicht in einer Art Inquisition und Beschneidung Einzelner oder Gruppen, sondern auf der Grundlage der allg. gültigen Gesetze.
- Der Vertreter der CJA Wir können es auch eskalieren lassen und die Gruppen z.B. alle durch das Bundesverfassungsgericht bestätigen lassen, um auf die Burg gehen zu dürfen.
- Roland verweist auf die wenig vertrauenserweckende Rolle des Verfassungsschutzes in der NSU-Geschichte und auf seinen Aufsatz »Konsensdruck als Fehlerquelle«.

[ Anmerkung des Protokollanten: erschienen in: *Kriminologie ist Gesellschaftswissenschaft*, Festschrift für Christian Pfeiffer zum 70. Geburtstag, Hrsg.: Dirk Baier & Thomas Mößle, NOMOS Verlag, Baden-Baden 2014 ISBN 978-3-8487-1134-5 - Seite 179 ff ]

- Der Vertreter des FB Kommen wir zurück zu vertrauensbildenden Maßnahmen. Wir hören hier immer Verfassungsschutz und was dieser nicht leisten kann oder falsch gemacht hat. Uns vom Freibund wurde von wenigen Bünden vorgeworfen, nicht die Menschenrechte zu beachten - was ja absolut falsch ist, da wir (als einziger Bund) mehrere Erklärungen und Unterschriften diesbezüglich ganz konkret geleistet haben. Und trotzdem wird uns immerfort vorgeworfen, wir würden uns nicht an etwas halten oder hätten diese Leistungen nicht erbracht!
- Der Vertreter des FB Ein weiterer Punkt den ich ansprechen möchte: "Ethnopluralismus". Dieser Begriff wird hier in der Runde immer wieder verwendet aber nicht erklärt. Könnten wir das nachholen?
- Roland: Fakt ist, dass ihr mit den prominenten Positionen von Weißmann, Kubitschek und anderen Gildenern identifiziert werdet. Das mag ungerecht sein. Das einfachste Mittel, diese Label loszuwerden, wäre, sich von diesen Positionen und Anschauungen zu distanzieren Ethnopluralismus ist eine ungeeignete Antwort auf die Probleme der Globalisierung.
- Wolfgang, SK Politik in den Bünden ist immer schon eine eigene und gefährliche Sache. Das sah man ja in den 70er Jahren. Da haben sich reihenweise Bünde zerlegt. Aber was können wir heute tun, um politische Themen zu bearbeiten und dies in den Möglichkeiten die uns gegeben sind. Hast du hier Vorschläge?
- Roland: Ich bin nicht der Meinung, dass Fahrtenbünde politische Positionen beziehen müssten. Aber in den Älterenkreisen sollte man sich mit gesellschaftlichen Fragen beschäftigen. Der Ort dafür wäre der Ludwigstein. Er kann dem nicht ausweichen. Der erste Schritt zur Vertrauensbildung wäre, wenn sich die Bünde selbst daran machen würden. Bestimmte Fragen können dabei nicht ausgespart werden. (Schuldkulturthese, Integrationsabwehr, Probleme einer Einwanderungsgesellschaft, Jugendorganisationen von Einwanderern, vielleicht auch die Gleichheit von Mann und Frau usw.). Pfadfinder tun sich möglicherweise dabei leichter, wenn sie international sind. Entscheidend ist, dass der These der rechten Milieubildung überzeugend entgegengetreten wird. Gegen das Label müsst ihr angehen.

- Roland: Integrationsbeiträge sind hier auch ein guter Schritt! Die DG hat sich hier vorbildlich verhalten, das habe ich wenigstens auf der Waldeck so gesehen. Sie hatten als einzige – ich bitte um Entschuldigung für die Wortwahl – eine "farbige" Teilnehmerin dabei. Mittlerweile haben sie Romafeste in Ungarn besucht.

[ Anmerkung der Protokollanten: Es geht um das internationalen Romafestival „Khamoro“ in Prag. Der Bericht wurde hier veröffentlicht: <http://buendische-vielfalt.de/?p=1121> ]

- Der Vertreter der WJN Gibt einen klaren Hinweis, dass wir hier Themen zu bearbeiten haben, die momentan überhaupt nicht besprochen werden. Es geht um die DJ und nicht um Fragen, die wir im Dialog überhaupt nicht bewältigen können und die auch nicht ein Bundestag mal so beschließen kann.

- Der Vertreter der WJN Wir müssen uns darum kümmern, was wir beitragen können die Situation auf und um die Burg zu klären.

- Der Vertreter der WJN Wir haben weder extrem Linke noch extrem Rechte hier im Kreis. Wir hören und reden heute viel "heiße Luft" und nicht konkret um eine Problemlösung für die Burg und uns.

- Der Vertreter des VCP Verfassungsschutzanfragen, sollen diese gestellt werden und ebenso Fragen an andere Institution um ggf. dem Dialog weitergehende Informationen und Grundlagen zu liefern?

- Der Vertreter der KI: Es hat definitiv nichts mit staatlichen Stellen zu tun. Die Fragen können nur in der Diskussion beantwortet werden und zwar in unseren Kreisen. Die Verfassungsschutzstellen können nichts dazu beitragen.

-Roland: Die Einschätzung des Verfassungsschutzes habe ich schon vor dem Waldeckseminar abgefragt. Der damalige Leiter der Abteilung Rechtsextremismus sagte mir, dass die Bünde nicht als rechtsextrem eingeschätzt würden. Aber was bedeutet das für Euch? Das Problem ist damit nicht gelöst!

- Der Vertreter der CJA: Die Politisierung muss von den Bünden ferngehalten werden, vor allem, wenn die einzelnen Bünde sich grundsätzlich nicht um Politik kümmern bzw. kümmern wollen. Es ist nicht das Trennende zu sehen, sondern das Verbindende, z.B: das Wandern, das Singen und Fahren usw.

- Roland: Sicher ist das eine gute Sache, an diese Gemeinsamkeiten zu erinnern. Aber das befreit nicht von den Vorwürfen und Prägestempeln, die Andere bestimmten Gruppen und Bünde aufdrücken.

- Der DG-Vertreter Drei klare Definitionen, dass mein Bund nicht zur "Neuen Rechten" gezählt werden kann, allein schon per Definition nicht. Ich führe nochmals auf das Thema zurück:

1. Kulturelle Homogenität – Der Standpunkt der DG ist hierzu klar definiert und veröffentlicht worden.

2. Freund / Feind-Denken – Die DG ist niemals in dieses Schema verfallen. Entgegen anderen Protagonisten, Einzelpersonen oder Bünden aus der DJ, die sich mehrfach klar zu ihrer Feindschaft gegenüber z.B. DG, FB, FG u.a. öffentlich bekannt haben und dieses Freund / Feind-Denken auch mehr als einmal bewiesen haben.

3. Aggressive Intoleranz – Auch diese gibt es in der DG nicht.

- Der Vertreter der DG verweist an dieser Stelle nochmals auf die sog. "Quedlinburger Erklärung" der DG und bittet die Anwesenden den Inhalt zu beachten.

-Roland empfiehlt die genannten Punkte so aufzuschreiben.

- Der Vertreter des Freien Begegnungsschachtes (FBS): Es ist doch die Burg ein Ort der Begegnung, wo seit Jahren "Dialog" stattfindet und es gibt Erklärungen und Aufarbeitungen und es gibt klare Grenzen. Wir müssen uns lediglich darauf erinnern und das Erreichte anwenden.

- Der Vertreter des WWLip Es geht um Grundlagen und Definitionen. Wir müssen uns hier nochmals klar werden, dass es Ergebnisse geben muss. Am Schluss müssen wir hier Zugangsdefinitionen formulieren und für die Burg fassen, damit daraus eine Haltung entsteht und Kompetenzen.

- Der Vertreter des DPBM Es geht im Kern um die Findung eines Vorschlages für die VJL zur Fassung einer Zugangserklärung. Wir brauchen nicht, wie magges vorbereitet hat, z.B. Verfassungsschutzämter o.ä. anzuschreiben oder dergleichen. Die Arbeit die wir zu leisten haben kann nicht ein Außenstehender für uns erledigen. Wir müssen eine Basis erschaffen um von dort aus einen Aufbau vornehmen zu können und letzten Endes rückt diese Basis die Homogenität in den Mittelpunkt. Diesbezüglich werden wir von Mosaik einen Antrag stellen. Diesen werde ich gleich verteilen und bitte euch den in Ruhe zu lesen und darüber nachzudenken.

Antrag des Deutscher Pfadfinderbund Mosaik an den Dialog der Bünde [ siehe Anlage 04 ]

- Die Runde bittet darum, den Antrag zur Pause ausreichend zu kopieren und zu verteilen.
- Wolfgang, SK weist darauf hin, dass es gleich in die Pause gehen wird und bittet um kurze Redebeiträge.
- Der Vertreter des BduJ Wir sind hier eine völlig heterogene Gruppe und das ist zu erhalten und der Dialog der Bünde soll in diesem Sinne Vorschläge erarbeiten und kein Ausschlüsse erteilen, nur weil eure Idee nicht die meine ist.
- Die Frage ist also, auf welcher Grundlage könne man denn (Zugangs)Kriterien finden? Und wer darf das entscheiden? - Der Dialog, die Burggremien, Dritte?
- Der Vertreter der WJN bittet das Plenum darum, die Definition vom "Ethnopluralismus" die hier aushängt in der Pause zu lesen um nach der Pause darüber im Detail zu sprechen.

17:20 Uhr

Pause

17:55 Uhr

- Das Plenum tritt zusammen
- Wolfgang, SK richtet Worte des Dankes an Prof. Dr. Roland Eckert und bedankt sich für den sehr interessanten und aufschlussreichen Vortrag am Morgen und die sehr ausführliche Diskussion.
- Die Arbeit mit Roland findet nun im offiziellen Rahmen ihr Ende. Roland steht uns am Abend noch in kleiner Runde zur Diskussion zur Verfügung
- Wolfgang, SK bedankt sich bei Roland für sein kommen und Unterstützen des DdB
- lang anhaltender Applaus
  
- Auf der Rednerliste stehen noch 3 Namen. Alle wollen noch einen Redebeitrag mitteilen
- Der Vertreter des FB Zum Komplex "Felix Menzel und der Freibund". Felix Menzel hatte nie ein größeres oder gar bedeutendes Amt im Bund. Er hatte eine Gruppe und die wurde noch nicht einmal durch die Bundesführung bestätigt. Das wars, mehr war nicht.

[ Anmerkung des Protokollanten nach Rückfrage beim Bundesführer des Freibund e.V.: »Zu Felix Menzel: Felix Menzels Gruppe war eine "Gruppe" und ist nie zu einer "Horte" geworden. Erst eine Horte ist bei uns durch ihren Hortenführer auf dem Bundesthing stimmberechtigt. Hierzu wird sie bei uns durch die Bundesführung ernannt. Voraussetzung sind monatliche Treffen und mehr als fünf Mitglieder. Dies war in der Gruppe von Felix Menzel nicht der Fall. ]

- Der Vertreter des FB gibt dem Plenum einen weiteren Hinweis: Was gegen Frau Claudia Roth (Die Grünen/Bündnis 90) von Felix Menzel bisher geschrieben wurde, kommt aus seiner Arbeit als Journalist und hat definitiv nichts mit dem Freibund zu tun.
- Der Vertreter des FB zu dem ständigen Vorwurf der sog. "Rechten Milieubildung" haben wir bereits 2009 eine Stellungnahme veröffentlicht. Das gilt bis heute.

Stellungnahme des Der Freibund e.V. aus 2009 [ siehe Anlage 05 ]

- Der Vertreter der KI Mir wäre wichtig zwei Ebenen auseinanderzuhalten:
  1. Selbstschutz (Gebietsrevisionismus, Antiislamismus etc.pp.) und
  2. Kriterien die uns definieren (Fahrt, Lager, Singen etc.).

- Die Diskussion »Wie stellen sich die Bünde nach außen dar« und wie wollen wir damit umgehen.
- Der Vertreter der WJN bezieht sich auf das Begriffspapier. Hier nennt er den Begriff "Ethnopluralismus" und stellt fest, dass im Papier unvollständig zitiert wurde und bittet darum,

unbedingt so die Begriffe zu erklären, dass sie nicht "verfälscht" in das Papier des Dialogs eingehen.

[ Anmerkung des Protokollanten: Es handelt sich um den Erklärungstext, der von der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung herausgegeben und für den Dialog kopiert wurde. Siehe auch: <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/node/8664> ]

- Wolfgang, SK erklärt, dass die Definition von ihm eingefügt wurde, mit bestem Wissen und Gewissen, die zentralen Punkte herausgeschrieben zu haben und verspricht die Sache zu prüfen.

18:05 Uhr

Gruppenarbeit

- Einführungen in die Kleingruppenarbeit durch den SK
- Wolfgang, SK erklärt das Ziel, es sollen die beim zweiten Dialog-Treffen gefundenen Kriterien nun in den Arbeitsgruppen weiter voran gebracht werden.
- Die Vertreterin des VCP fragt, ob man die Plakate vom 2. Treffen mit dazulegen kann um die Ergebnisse ggf. abzugleichen oder zu erweitern
- Der Vertreter der CJA stellt eine Arbeitsgrundlage der CJA vor (Resolutionsentwurf für eine politisch unabhängige Deutsche Jugendbewegung im Geiste der Freiheit ) und bittet darum, diese geleistete Vorarbeit ebenso in die Gruppenarbeit mit einzubeziehen. Da genug Kopien vorhanden sind, wird der Vorschlag an alle Arbeitsgruppen und Interessierte verteilt

Resolutionsentwurf der Christlichen Jungenschaft Adendorf [ siehe Anlage 06 ]

- Es werden weiters auch die zugesandten Vorschläge und Vorarbeiten die den SK erreicht haben mit in die Arbeit einbezogen.
- die Kleingruppen werden gebildet.
- um 19.30 Uhr sollen die Kleingruppen mit ihren Ergebnissen sich wieder im Plenum einfinden.

18:15 Uhr

Beginn der Arbeit in den Kleingruppen zu Findung eines Kriterienkatalog, der den Zugang zur Burg regeln soll.

19:50 Uhr

Aufruf zum Plenum

20:00 Uhr

Zusammenkunft im Plenum

- Das Gut Steimke lädt die TN des Dialogs zum Chorkonzert auf der Steimke ein, dieses fängt um 20:30 Uhr an.
- Wolfgang, SK stellt die Frage, ob wir weiter produktiv sein sollen oder das Konzert hören wollen.
- Die Vertreterin der WJN bittet darum den flow auszunützen und weiter zu arbeiten
- Es gibt mehrere Stimmen, die gerne das Konzert (ca. eine Stunde) anhören wollen und dann weitermachen.
- Einholung eines Meinungsbildes: 14 Dafür weiter zu machen / 4 Dafür erst Konzert, dann weiterarbeiten
- Damit ist klar: 30 Minuten Pause zum Abendessen, dann weiter im Plenum mit der Vorstellung der Ergebnisse.

20:10 Uhr

Abendpause

20:45 Uhr

## Aufruf zur Abendrunde

20:55 Uhr

- Das Plenum findet sich ein.
- Wolfgang, SK eröffnet die Abendsession.
- Die Gruppen mögen "frei" ihre Ergebnisse dem Plenum vorstellen.
- Es ist darauf zu achten, die beiden Anträge zu beachten bzw. ggf. durch die Ergebnisse diese Anträge zu erweitern oder abzuändern.

### Gruppe I (Der Vertreter der PS stellt vor)

- die Gruppe hat drei Vorschläge / Anträge bearbeitet.
- Der Vertreter der PS liest die Neuerungen und Erweiterungen des Mosaik-Antrages vor.
- Er geht weiters auf einen Vorschlag von Gunthard ein und liest die Veränderungen vor (Alkohol).
- Der Vertreter der KI gibt den Hinweis zur kulturellen Vielfalt ohne die deutsche Kultur zu bevorzugen.

### Gruppe II (Der Vertreter der CJA stellt vor)

- Auch diese Gruppe hat sich von der Vorlage etwas gelöst.
- Es wurde eine positiv/negativ-Gegenüberstellung erarbeitet.
- Der Vertreter des DPBM hat eine Nachfrage zu dem Thema "Deutsche" wegen des Bsp. Siebenbürger Sachsen. Es geht ihm um die Bezeichnung "Deutsch" und "Nationalität".
- Der Vertreter der CJA erklärt den Unterschied der Rechtsauffassung z.B. der USA und der BRD zu dieser Fragestellung. USA = per Geburt in den USA ist Staatsangehöriger der USA, in der BRD = per Definition, über die Staatsangehörigkeit der Eltern.
- Der Vertreter des WWLip gibt den Hinweis, dass einzelne Formulierungen so gefasst wurden, dass sich keine Verwicklungen ergeben.
- "Generalklausel" - die Deutsche Jugendbewegung die die Burg besuchen, haben sich dafür einzusetzen, dass der Burg kein Schaden entsteht und die Außendarstellung positiv gestärkt wird.
- Der Vertreter der CJA erklärt, dass das Papier der CJ A dazu gedacht war bzw. ist, der Außendarstellung der Burg eine neue und gute Grundlage zu geben.

### Gruppe III (Der Vertreter des JP stellt vor)

- Alle vier Vorlagen / Anträgen wurden durchgearbeitet.
- Der Vorschlag von der CJA wurde als "schon zu konkret" empfunden und nach der Durcharbeit beiseite gelegt.
- Der Antrag von Mosaik wurde als richtig empfunden und nur an einzelnen Stellen hinsichtlich der gewählten Begriffen hinterfragt.

### Gruppe IV (Der Vertreter des WWV stellt vor)

- Hat alle vier Vorschläge und Anträge bearbeitet.
- Die Texte wurden erweitert bzw. konkretisiert.
- Der Vertreter der WJN lobt die Verneubegrifflichung für "belastete" Begriffe.
- Neue Idee "Beirat aus Bünden die in der VJL sind".
- Der Vertreter der CJA hat noch einen Beitrag zu "Extremisten". Es geht auch, und in erster Linie darum, dass die Bünde eine Eigenverantwortung entwickeln, sich ihre Mitglieder diesbezüglich anzuschauen und zu handeln, wenn Kontakte oder mehr von Einzelnen zu extremistische Gruppierungen / Randgruppen bestehen. Verantwortung der Führungsebene!
- Der Vertreter des FB unterstützt den Vertreter der CJA und liest aus einem Urteil des BVerfG vom 1956 zu extremistischen Parteien vor:

» 1956 erläuterte das Bundesverfassungsgericht: *Eine Partei ist auch nicht schon dann verfassungswidrig, wenn sie diese obersten Prinzipien einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht anerkennt, sie ablehnt, ihnen andere entgegensetzt. Es muss vielmehr eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen, sie muss planvoll das Funktionieren dieser Ordnung beeinträchtigen, im weiteren Verlauf diese Ordnung selbst beseitigen wollen.* «

- Es entsteht eine Diskussion darüber, wie die Fassung für den DdB das Wort "Extremismus" beschreibt, da diese Entscheidung des BVerfG das Verbot der KPD betrifft.
- Es entsteht ein hin und her.
- Wolfgang, SK beendet die Diskussion und fragt, was hinsichtlich des Mosaik-Antrages nun noch gefragt ist.
- Der Vertreter der KI stellt die Möglichkeit vor, für die unterschiedlichen Anträge und Grundlagen eine Art "Antragskommission" zu bilden und die Möglichkeiten der einzelnen Papiere hinreichend auszuschöpfen.
- Der Vertreter des FBS möchte, dass man über die Anträge abstimmt und sie nicht weiter bearbeitet, um heute noch greifbare Ergebnisse zu haben.
- Der Vertreter des DPBM möchte bei einzelnen Teilen mitgehen, aber nicht den Antrag zurückziehen um Anderes zu erarbeiten.
  
- Die Debatte dreht sich nun nochmals um den Begriff "Ethnopluralismus".
- Der Vertreter der CJA macht dies an einem Bsp. deutlich und zeigt auf, dass der Begriff nicht klar gefasst sei.
- Der Vertreter der DG gibt den Hinweis, dass die veränderten Formulierungen ja schon in den Gruppen gefasst wurde und nun nur noch in den Mosaik-Antrag eingearbeitet werden müssen, auch um einen Antrag abstimmen zu können und nicht ggf. zwei oder drei einzelne Anträge.
- Der Vertreter der DPBM möchte keinesfalls seinen Antrag zurückziehen, er ist soweit den Gruppen entgegenkommen wie sein Bund das zulässt. Mehr geht nicht.
- Wolfgang, SK schlägt nochmals die "Antrags-Kommission" vor, um einen gemeinsamen Antragstext zu finden der klar und tragfähig ist.
- Der Vertreter der WJN spricht in der gleichen Richtung. Es sollte keine Kampfabstimmung geben, sondern über einen Antrag abgestimmt werden, der ausgereift ist und dem möglichst alle Bünde des Dialogs zustimmen können.
- Wolfgang, SK sagt, ohne eine schriftliche Vorlage kann um diese Uhrzeit niemand mehr begreifen um was es geht. Daher soll alles zusammengetragen werden, verschriftlicht und via Beamer an die Wand geworfen werden. Um so für alle nachvollziehbar und verständlich zu machen was Sache ist und dann in die Abstimmung zu gehen.
- Das Plenum kommt (ohne Abstimmung) diesem Vorschlag nach.
  
- Es wird nun eine Plenums-Pause stattfinden um die Inhalte und Ergebnisse der Texte und Arbeitsgruppen zusammenzubringen.

- Es bildet sich spontan eine Arbeitsgruppe.

21:48 Uhr

Pause für die Zusammenstellung des Textes

22:40 Uhr

Aufruf zum Plenum

22:45 Uhr

Das Plenum tritt nochmals zusammen

- Wolfgang stellt den neuen Text vor und sagt auch, dass dieser Text heute Abend nicht mehr abgestimmt wird. Zu viele seien durch den langen Tag müde und es fehle allen an der notwendigen Konzentration.
- der Text soll "über die Nacht reifen" und morgen im Plenum nochmals ausführlich besprochen und dann abgestimmt werden.
  
- Der Text wird verlesen.

Grundsätze der am Dialog der Bünde beteiligten Gruppen [ siehe Anlage 07 ]

- Beifall aus dem Plenum.
- Der Aufruf ergeht, dass sich aus allen vier Arbeitsgruppen nochmals Einzelne zusammensetzen mögen um ggf. weitere Textteile oder Vorschläge in den Kriterienkatalog zum Burgzugang einzuarbeiten.

22:52 Uhr

Die spontan zusammen getretene Arbeitsgruppe tagt bis nach Mitternacht.

Ende des 1. Tages

Sonntag, 15. Juni 2014

9:00 Uhr

Aufruf zum zweiten Tag

9:20 Uhr

Beginn zweiter Tag mit einem Lied [ In die Sonne, die Ferne hinaus ]

- Tüdél, PS / SK begrüßt die Runde und spricht einführende Worte.
- Der Vertreter des DPBM stellt den eingebrachten, überarbeiteten und erweiterten Antrag des Deutschen Pfadfinderbundes Mosaik nochmals im Inhalt vor und verliest den Text in seiner endgültigen Fassung:

Antrag des Deutschen Pfadfinderbundes Mosaik: Grundsätze der am  
Dialog der Bünde beteiligten Gruppen [ siehe Anlage 08 ]

- Nach kurzer Diskussion im Plenum wird die Stimmberechtigung abgefragt.
- Anwesende Stimmberechtigte Bünde und Gruppen: 24 (der Vertreter des Pb Weltenbummler musste abreisen).
- Flo, WVDB / SK bittet den erweiterten Antrag des DPBM abzustimmen.

- Abstimmungsberechtigt: 24
- Abstimmung via Stimmkarte heben:
- Abstimmung: 24 Dafür / 0 Dagegen / 0 Enthaltungen
- Der Antrag ist einstimmig angenommen

- Tüdél, PS / SK fragt die Runde, ob der Antrag auf die Webseite als einzelnes Dokument darf.
- Der Antrag wird im Namen des Dialogs, mit den Bünden die auf dem 3. Treffen anwesend waren und dafür gestimmt haben, veröffentlicht.
- Welche Bünde sollen genannt werden?
- Es findet eine Diskussion statt, die am Ende folgendes Ergebnis hat
- Die Erklärung soll soviel Gewicht bekommen als möglich und daher wird das Verfahren wie folgt festgelegt:

1. Der Beschluss wird im Namen des Dialoges als einzelnes Dokument veröffentlicht
2. Die anwesenden 24 Bünde werden namentlich genannt
3. weitere Bünde werden angefragt und bei Wunsch den 24 Bünden hinzugefügt

- Abstimmungsberechtigt: 24
- Abstimmung via Stimmkarte heben:
- Abstimmung: 24 Dafür / 0 Dagegen / 0 Enthaltungen
- Der Antrag ist angenommen
- Der Sprecherkreis wird sich um die Veröffentlichung und Anfragen kümmern

- Der Vertreter der FG bringt ein, ob es nicht sinnvoll wäre, den Bünden die neu zum DdB dazukommen diesen Beschluss vorzulegen und sie unterzeichnen zu lassen. Es wäre dann eine Art verbindlicher "Grundsatzeinigung".
- Die FG beantragen, dass alle Bünde, die nicht am 3. Treffen anwesend waren, die Erklärung unterzeichnen müssen, um am Dialog (weiter) mitarbeiten zu dürfen.
- Es entsteht eine Diskussion über das Für und Wider einer solchen Unterschrift.
- Man einigt sich darauf, dass dies die Erklärung selbst explizit vorsieht.

- Die FG ziehen ihren Antrag zurück.
- Über den Antrag der FG ist der Runde klar geworden, dass die Grundsätze eine weitergehende Bedeutung in sich tragen.
- Der Beschluss hat ggf. eine Art historische Tragweite, er sollte daher eine Namensgebung haben.
- Der Vertreter der WJN nennt spontan: "Die Steimke-Erklärung"
- Der Vertreter der KI möchte zuspitzen und nennt explizit, dass diese Erklärung an ZEIT-online gehen muss, mit einem Hinweis auf den Artikel von Jesko Wrede und die geleistete Arbeit des Dialogs der Bünde.
- Der Vertreter des VCP spricht die Tragweite dieses Papiers und des einstimmigen Beschlusses der Bünde an. Gerade hinsichtlich der offiziellen Stellen wie Ministerien, ggf. Zeitungen u.a., die diese Grundsätze erhalten werden. Er nennt den Titel: "Grundlageneinigung der Bünde 2014".
- Der Vertreter der CJA schlägt "Steimker Grundsätze" vor.
- Der Vertreter der CJA bringt den Antrag ein, das Papier "Steimker Grundsätze der Bünde" zu nennen. Er bittet um eine Abstimmung.
- Wolfgang, SK bittet um Abstimmung.
- Abstimmungsberechtigt: 24
- Abstimmung via Stimmkarte heben:
- Abstimmung: 13 Dafür / 2 Dagegen / 9 Enthaltungen
- Der Antrag ist angenommen
- Das verabschiedete Papier wird "Steimker Grundsätze der Bünde" genannt

Steimker Grundsätze der Bünde [ siehe Anlage 09 ]

10:15 Uhr

#### Kriterienkatalog

- Nun geht die Arbeit an den "Kriterien zum Zugang der Bünde zur Burg" weiter
  - Der Vertreter der FG stellt das Ergebnis der Zusammenführung der 4 Arbeitsgruppen von gestern vor, das in der Nacht noch gefertigt wurde.
  - Es wird der erarbeitete Text vorgelesen.
  - Die Diskussion im Plenum geht zum Einen um die einzelnen Formulierungen und zum anderen, an welcher Stelle was besser passt bzw. aufeinander aufbaut.
  - Primär wird im Detail um Formulierungen, die sachgerechten Begriffe sowie den Zusammenhang gerungen.
  - Das erreichte Ergebnis ist als Basis für eine weitere Arbeit in den Dialog-Bünden gedacht und soll im 4. Treffen dann seine endgültige Form erhalten.
  - der SK wird sich um die redaktionelle Aufarbeitung kümmern und die heute gefassten Erweiterungen und Neuerungen einarbeiten.
- Der Kriterienkatalog wird rechtzeitig vor dem 4. Treffen durch den SK an die Bünde und Gruppen in dann der dritten Version versendet.

Kriterienkatalog 2 Version, Stand Ende 3. Treffen [ siehe Anlage 10 ]

11:35 Uhr

- Nun wird das Papier der CJ Adendorf besprochen.
- Der Vertreter der CJA möchte, dass alle Gruppen sich nochmals mit diesem Papier beschäftigen und daher zieht er den Antrag der CJA zurück, dieses Papier bereits heute zu beschließen.
- Der neueste Stand wird vor Ort kopiert und den anwesenden TN mitgegeben. Zusätzlich wird es an alle TN des Dialog digital (durch den SK) versendet.

Resolutionsentwurf der Christlichen Jungenschaft Adorf [ siehe Anlage 06 ]

11:45 Uhr

#### Terminfindung für den 4. Dialog

- Der SK schlägt das erste September-Wochenende vor und gibt dafür eine Erklärung (Zeitrhythmus, ausreichend Zeit für ein ggf. 5. Treffen, hinreichend Abstand für die Aufarbeitung der Ergebnisse zur Einreichung an die VJL 2014).

- Nach etwas Diskussion wird beschlossen, dass der SK sich nochmals Gedanken um Termine macht soll und eine Terminliste an die Bünde versenden wird. Aus den Rückläufern soll dann innerhalb einer Woche ein Termin festgelegt werden.

12:00 Uhr

#### Moderation und Mediation

- Der SK stellt zur Diskussion, ob für das 4. Treffen grundsätzlich eine Moderation benötigt wird und wenn ja, wer?
- Die Vertreterin des VCP sagt, dass es so gut gelaufen ist am 3. Treffen und wir "zusammgefunden" haben und so eine Moderation nicht nötig wäre. Auch lassen sich so Kosten sparen.
- Der Vertreter der FG schlägt vor, nochmals Roland zu fragen, ob er sich eine Begleitung am 4. Dialog vorstellen könnte. Die Runde hätte sich doch sichtbar durch seine Anwesenheit diszipliniert.
- Wolfgang, SK Roland wird wohl sicher nicht ein zweites Mal die Kräfte und die Zeit haben uns zu begleiten.
- Der Vertreter der DWJ schlägt vor, diese Entscheidung dem SK zu überlassen. Eine Moderation ist sinnvoll und gerade im letzten Schritt des Dialogs angebracht. Er könne aber nicht sagen ob es nötig ist oder nicht, dazu hat er zu wenig die Übersicht.
- Die Vertreterin des DPB Der Deutsche Pfadfinderbund unterstützt eine professionelle Mediation. Der DPB hat sich hier auch einen Ablauf überlegt und ein Papier verfasst, welches noch rundgesendet wird.
- Eine große Mediation ist bis Herbst nicht mehr zu leisten, aber eine Moderation beim 4. Treffen ist sinnvoll und im OMV Beschluss ja auch vorgesehen.
- Die Vertreterin des DPB verteilt einen offenen Brief des DPB an die Bünde des Dialogs.

#### offener Brief des DPB [ siehe Anlage 11 ]

- magges, VCP / SK erklärt kurz den Zusammenhang, die Vorarbeit des SK und berichtet auch von Ute Sauerzapf (Moderatorin des 1. und 2. Treffens), die einen "klaren Auftrag" für das 4. Treffen haben möchte und sich in der Nacharbeit des 2. Treffens sehr eingebracht hat. Sie wurde vom SK auch immer in den Informationsfluss eingebunden und hat uns bei der Vorbereitung des heutigen Treffens unterstützt. Kostenlos!

- Der Vertreter des WVLip schlägt vor Prof. Arno Klönne einzuladen, um gerade, wenn es an die Vorwürfe und politische Bereiche geht etc. einen diesbezüglichen Fachmann und Helfer für den Dialog in ihm zu haben.

- Die Diskussion geht nun hin und her.

- Das Plenum nimmt zur Kenntnis, dass die große Mediation auch wegen der hohen Kosten und der Zeitschiene (sicher nicht unter 10.000 Euro und nicht unter 1,5 - 2 Jahre) im Rahmen des Dialogs nicht zu leisten ist.

- Grundsätzlich ist eine fachliche Begleitung des 4. Dialog-Treffens hinsichtlich des Kriterienkataloges und der Aufarbeitung der Fragen und Vorwürfe an einzelne Bünde vom Plenum gewünscht.

- Ebenso ist eine Moderation, primär für die Be- und Aufarbeitung der Vorwürfe am 4. Dialog-Treffen gewünscht.

- Ohne Abstimmung gibt das Plenum dem SK den Auftrag: Den Rahmen und die finanziellen Möglichkeiten zu sondieren und die Einladung einer Moderation für den Tagesordnungspunkt der Klärung der Fragen und Vorwürfe und einer fachlichen Person vorzunehmen. Die vorgenannten Namen sind zu präferieren. Ute da sie uns und wir sie kennen und sie sich in dieses Gebiet nun eingearbeitet hat, Arno Klönne weil er seit 60 Jahren die Jugendbewegung wie kein anderer kennt.

- Der Vertreter des VCP stellt den Antrag den Pfadfinderbund Nord (PBN) zum 4. Treffen des Dialog der Bünde wieder als Gast mit Rederecht einzuladen.

- Es entsteht eine längere Diskussion warum dies (nochmals) nötig sei denn, man habe sie explizit eingeladen aber es kam keine eindeutige Antwort des PBN zurück. Die Chance war da, sie wurde nicht genutzt.

- Wenn der PBN in den Dialog einsteigen möchte, dann möge er nach der Satzung des Dialogs der Bünde vorgehen.

- Es gibt mehrere Stimmen im Plenum die es wichtig finden, dass gerade diese Bünde, die seit Jahren kritisieren und sich doch wohl eher links-politisch einordnen lassen, hier in der Runde zu haben.
- Der Vertreter des FBS stellt den GO-Antrag auf Beendigung der Diskussion/Rednerliste und Abstimmung über den vom Vertreter des VCP eingebrachten Antrags.
- Das Plenum kommt darüber ein, nunmehr mit der Abstimmung fortzufahren
- Abstimmungsberechtigt: 23 (der Vertreter der KI musste abreisen)
- Abstimmung via Stimmkarte heben:
- Abstimmung: 10 Dafür / 9 Dagegen / 4 Enthaltungen
- Der Antrag ist abgelehnt, da keine 3/4 Mehrheit zustande gekommen ist.
- Der PBN wird nicht ausdrücklich zum Dialog (4. Treffen) eingeladen.

#### Protokoll des 2. Treffens des Dialogs der Bünde

- Der SK stellt die Frage in den Raum, ob das ausgehängte Protokoll des 2. Dialogs so angenommen und zur Veröffentlichung freigegeben werden kann.
- Kurze Diskussion im Plenum, da nicht alle Anwesenden den Aushang gelesen haben und nicht dafür sind, wird das Protokoll, wie gewünscht, zunächst nochmals überarbeitet und in der veränderten Form in einer Vorabversion, mit allen Anhängen und Schaubilder, an die Bünde zur Durchsicht versendet.
- Der Vertreter der FG stellt den Antrag, dass die Vorwürfe die am DdB bearbeitet werden sollen, 6 Wochen vor den nächsten Treffen eingereicht und zugestellt werden müssen (Zeitfaktor der Bearbeitung).
- Diskussion über die Fristen und ob grundsätzlich die Frist nicht schon verstrichen ist, da sie vor dem 3. Treffen geendet hat.
- Der Vertreter der FG zieht seinen Antrag zurück, da der SK verspricht, sich um dieses wichtige Thema zeitnah und hinreichend zu kümmern.
- Sollte wiederum keine Rückmeldung aus den Bünden erfolgen und keine Vorwürfe zum 4. Treffen auf dem Tisch liegen, ist bis zur VJL im November 2014 keine weitere Bearbeitung und Debatte über dieses Thema möglich.
- Es erfolgt keine Gegenrede aus dem Plenum.
- Der Vertreter der BAG stellt den Antrag, die Gremien der Burg mögen zum 4. Dialog mit einem erweiterten Mandat eingeladen werden, so dass sich die Gremien der Burg am Dialog und der Arbeit an den Zugangskriterien gleich- und stimmberechtigt beteiligen können.
- längere Diskussion über diesen Antrag.
- Es wird auf die Mitteilung verwiesen, die die Burggremien am Samstag vorgelesen haben und darauf, dass dieser Wunsch von den Gremien nicht angenommen wird.
- Der Dialog soll Grundlagen und Ergebnisse schaffen, die dann an die Burg als eine Art "Roter Faden" übergeben werden. Sie wollen gerade nicht, dass sie an der Diskussion beteiligt werden, da so gewährleistet ist, dass kein Bund sagen kann, die Burg hätte den Dialog zu ihren Gunsten beeinflusst, manipuliert oder dergleichen.
- Die Gremien der Burg stehen für Fragen und Antworten zur Verfügung und bei Bitten werden sie uns nach Kräften unterstützen, Antworten geben – aber nicht mitbestimmen.
- Der Vertreter der BAG zieht den Antrag zurück, nachdem der SK berichtet, dass der Zwischenstand der Zugangskriterien, die am heutigen Treffen gefasst wurden, eh zeitnah an die Burg (insbesondere in Person von Holger Pflüger-Grone) zur Kenntnisnahme, Vorbereitung und Kommentierung zugesandt wird.

12:15 Uhr

- Wolfgang und Flo stellen fest, dass keine weiteren Anträge oder sonstige Punkte vorliegen.
- Es werden noch einzelne Hinweise gegeben und Aufräumarbeiten verteilt.
- Die Anwesenden kommen im Hof für eine gemeinsame Abschlussrunde zusammen.
- Der SK bedankt sich bei den Gruppen und Bünden für ein sehr konstruktives und produktives 3. Dialog-Treffen und wünscht allen eine gute Lager- und Fahrtenzeit und eine gute Heimreise.

12:25 Uhr

Ende des 3. Dialog-Treffens

Für die Richtigkeit des vorstehenden Protokolls zeichnen Verantwortlich:

Matthias Mack (magges, VCP)

Sarah Petersen-Krauß (DPB)

Gut Steimke, Sonntag, den 15. Juni 2014, 12:25 Uhr

(Hinweis: vorstehendes Protokoll des 3. Dialog-Treffen nach Aushang und Besprechung  
am 4. Dialog-Treffen fertiggestellt am 25.09.2014)

Das vorstehenden Protokoll wurde am Samstag, den 18. Oktober 2014  
vom Plenum des 5. Dialog-Treffen auf Gut Steimke, Uslar  
bei 18 Abstimmungsberechtigten  
mit 16 Dafür / 0 Dagegen / 2 Enthaltungen angenommen.

## Dialog der Bünde – Teilnehmende Bünde am 3. Treffen

1	Bund Alter Gildenschafter	BAG
2	Bund Deutsch Unitarischer Jugend	BduJ
3	Christlicher Jungenbund Adendorf	CJA
4	Christliche Pfadfinderschaft Deutschlands	CPD
5	Deutsche Gildenschaft	DG
6	Deutsche Waldjugend	DWJ
7	Deutscher Pfadfinderbund	DPB
8	Deutscher Pfadfinderbund Hamburg	DPBH
9	Deutscher Pfadfinderbund Mosaik	DPBM
10	Die Fahrende Gesellen	FG
11	Der Freibund	FB
12	Freier Begegnungsschacht	FBG
13	Jungenbund Phoenix	JP
14	Kanujugend Witzenhausen	KJW
15	Kranichschar Azur	KA
16	Kulturinitiative Lebendig Leben	KI
17	Pfadfinderbund Weltenbummler e.V.	PBW
18	Piratenschaft Storman	PS
19	Verband Christlicher Pfadfinderinnen & Pfadfinder	VCP
20	Waldjugend Niedersachsen e.V	WJN
21	Wandervogel Deutscher Bund	WVDB
22	Wandervogel Lippe Jungenbund	WVLip
23	Wandervogel Lippe Mädchenbund	WVLip
24	Wandervogel Nifelgau	WVNif
25	Weinbacher Wandervogel	WWV
	<i>Referent</i>	
	Prof. Dr. Roland Eckert	Roland
	<i>Vertreter der Burggremien (Gast)</i>	
	Stiftung Jugendburg Ludwigstein	Stift
	Vereinigung Jugendburg Ludwigstein	VJL
	Jugendbildungsstätte Ludwigstein	JuBi

**Von:** Elisabeth Graefe <egraefe@t-online.de>  
**Betreff:** Re: Fwd: zu: »Dialog der Bünde« – Einladung ...  
**Datum:** 30. April 2014 19:52:12 MESZ  
**An:** dipl.-ing. matthias mack <mack@sonderwerk.de>  
**Kopie:** hexe@freischar.de, sprecher@dialogderbuende.de

Liebe LeserInnen dieser Mail,

vielen Dank für die Einladung zum "Dialog der Bünde".

Die Deutsche Freischar - Bund der Wandervögel und Pfadfinder hat zu Pfingsten 2013 ihren Austritt aus dem RjB (Ring junger Bünde) beschlossen, nicht zuletzt weil dessen wiederholte Diskussionen um die Burg Ludwigstein als zu aufwendig in Relation zu den Ergebnissen wahrgenommen wurden (zur Information die Erklärung anbei). Die mitgesandten Unterlagen über den bisherigen "Dialog" lassen uns leider kein besseres Ergebnis erwarten.

Wir haben bis zu unserem Austritt aus dem RjB dort unsere Meinung, unsere Kritik und unsere Vorschläge eingebracht. Wir sehen keine neue Veranlassung, eine Auseinandersetzung um "die Burg Ludwigstein" zu führen. In der Diskussion um den RjB-Austritt ist unserem Bund deutlich geworden, dass diese Jugendherberge für die Freischar nicht so wichtig ist.

Dass die Fahrenden Gesellen unsere Diskussionsbeiträge vermissen, finden wir bemerkenswert, ändert aber nichts an unserer Haltung.

Wir wünschen euch viel Erfolg, beste Grüße

hagzissa

- Stellvertretende Bundesführung -

[www.freischar.de](http://www.freischar.de)

In den letzten Monaten hat die Freischar eine intensive Diskussion um ihre Mitgliedschaft im RjB geführt. Anstoß dafür war unter anderem, dass wir uns mit einigen – intern mühsam erarbeiteten – Vorstellungen nicht durchsetzen konnten. In der Folge haben wir uns damit beschäftigt, was die Mitgliedschaft im RjB für die Freischar bedeutet.

Die Freischar ist Gründungsmitglied im RjB, hat sich dort vielfach engagiert und bessere und schlechtere Zeiten damit erlebt, auch manches bewirkt – was inzwischen wieder teils aufgehoben ist.

Im Verlauf unserer Diskussion ist deutlich geworden, dass die Mitarbeit im RjB viel Kraft bindet. Die institutionelle Verquickung mit dem Ludwigstein hat sich dabei als belastend erwiesen. Sich in die einzelnen Zusammenhänge von RjB, Ludwigstein, Bildungsstätte usw. einzuarbeiten und eine Position zu entwickeln, die dann auch vom Bund mehrheitlich getragen werden kann, erfordert viel Zeit und Arbeit. Das muss aber geleistet werden, wenn man sein Mandat verantwortlich wahrnehmen will.

Diese Strukturen ebenso wie die Mitgliedschaft im RjB sind historisch gewachsen. Im RjB sind aber über die Zeit in unseren Augen Aufgaben, die der RjB als jugendpolitische Vertretung und als Knoten im Netzwerk der Bünde hat, aus dem Blick geraten.

Geschichtlich bedingt ist auch die heutige Zusammensetzung des RjB. 2013 würde sich ein Ring junger Bünde wohl in anderer Konstellation als 1963 gründen – die bündische Szene stellt sich nach 50 Jahren selbstverständlich anders dar. So arbeitet die Freischar gerne mit anderen Bünden zusammen – aber aus unterschiedlichen Gründen eher mit anderen als der Mehrheit derer, die im RjB sind.

Nach sorgfältigem Abwägen sind wir zu der Ansicht gekommen, dass der RjB und was damit zusammenhängt für uns zu den Strukturen gehört, die nicht in die Zukunft tragen. Wir möchten unsere Kräfte anderen überbündischen Projekten und Initiativen widmen. Wobei wir auf ein Wiedersehen mit denen setzen, die uns nahe sind.

Daher erklärt die Deutsche Freischar e.V. – Bund der Wandervögel und Pfadfinder ihren Austritt aus dem Ring junger Bünde.

*Beschlossen auf der Bundesversammlung, Polle 19. Mai 2013*



## Brief zum 3. Dialog der Bünde

Burg Ludwigstein, 14. Juni 2014

Liebe Vertreter der auf der Burg engagierten Bünde,

im Namen der Vertreter der Burg möchte auch ich Euch ganz herzlich begrüßen. Ich bin kani vom Wandervogel Uelzen und heute wieder hier als Vertreterin für den Stiftungsvorstand, dem ich seit November letzten Jahres angehöre und in dem ich das Ressort Kommunikation verantworte. Mit mir angereist als Vertreter der Burg sind: ebenfalls für den Stiftungsvorstand Eva Eisenträger als langjährige Vorsitzende und Stephan Sommerfeld als Geschäftsführer der Jugendbildungsstätte. Matti Zimmer, einer der beiden Vorsitzenden der Vereinigung Jugendburg Ludwigstein (VJL), musste seine Teilnahme leider kurzfristig absagen; an seiner Stelle ist heute als weitere Vorsitzende der VJL Tatjana Wander dabei.

Wie auch zu den vergangenen Treffen des Dialogs der Bünde sind wir als Gäste eingeladen. In unserem Brief an Euch im April, der Eurem letzten Protokoll angehängt wurde, haben wir diesen Status noch einmal betont. Wir sind hier, um unser Interesse zu bekunden, den Kontakt zu Euch aufrecht zu erhalten und deutlich zu machen, dass wir Verantwortung übernehmen und gemeinsam mit Euch an einer tragfähigen Neudefinition unseres Begegnungsortes arbeiten wollen. Natürlich möchten wir Euch auch darüber berichten, wie der Weg aussieht, den wir auf der Burg eingeschlagen haben und ein offenes Ohr anbieten für Eure Fragen und Anregungen.

Wir sind hier als Vertreter der verschiedenen Gremien und Institutionen der Burg sowie des Burgbetriebes. Ihr habt uns ein Rederecht eingeräumt, wofür wir uns bedanken. Wir glauben jedoch, dass der Dialog der Bünde zum jetzigen Zeitpunkt (noch) nicht der Ort ist, an dem die Burgvertreter mitdiskutieren sollten. Bitte habt daher Verständnis dafür, dass wir nicht aktiv an Diskussionsrunden und Kleingruppengesprächen teilnehmen. Wir sind überzeugt davon, dass es zu einem späteren Zeitpunkt sinnvoll sein und entscheidend zum Gelingen beitragen wird, unsere beiden Dialoge miteinander zu verknüpfen. Als Gäste Eures Treffens sind wir selbstverständlich bereit, uns einzubringen, wo wir gefragt sind. Wir haben den Sprecherkreis gebeten, uns solche geplanten Tagesordnungspunkte frühzeitig anzukündigen, damit uns die Gelegenheit gegeben wird, uns mit allen Beteiligten, die wir hier vertreten, darauf vorzubereiten. Sofern wir können, beantworten wir Eure Fragen natürlich gerne.

Am Sonntag Eures letzten Treffens hat gleichzeitig der erste Teil der Schulung mit unseren Beratern zum Thema Grauzonen des Rechtsextremismus stattgefunden und Mitte Mai haben wir den zweiten Teil der Schulung absolviert. Wie wir an das Thema

herangegangen sind, wird Euch Stephan kurz erläutern. Nachlesen könnt Ihr das noch einmal unter [www.burgportal.de](http://www.burgportal.de), eine Seite, die wir ins Leben gerufen haben, um Berichte und Dokumente, die unseren Weg in diesem Jahr wiedergeben, zu veröffentlichen. In der nächsten Zeit wird diese Seite als Subdomain in unsere Website integriert.

kani (Wandervogel Uelzen) für die Stiftung Jugendburg Ludwigstein,  
Stephan für die Jugendbildungsstätte und  
Matti (WVDB) für die VJL

**[juliane.palm@burgludwigstein.de](mailto:juliane.palm@burgludwigstein.de)**  
**[stephan.sommerfeld@burgludwigstein.de](mailto:stephan.sommerfeld@burgludwigstein.de)**  
**[matti.zimmer@burgludwigstein.de](mailto:matti.zimmer@burgludwigstein.de)**



Jugendbildungsstätte Ludwigstein, D-37214 Witzenhausen

Verteiler:

- Stiftung Jugendburg Ludwigstein und Archiv der deutschen Jugendbewegung (Kuratorium / Vorstand / Burgbetrieb / Archiv)
- Vereinigung Jugendburg Ludwigstein
- Jugendbildungsstätte Ludwigstein
- beratungsNetzwerk hessen
- z. K. Sprecherkreis Dialog der Bünde

Jugendbildungsstätte Ludwigstein

D-37214 Witzenhausen

Telefon: 05542 5017-31

Telefax: 05542 5017-34

Burg Ludwigstein, 02.05.2014

## EINLADUNG

Zweite Schulung zur Kompetenzerweiterung:

### **Grauzonen des Rechtsextremismus / Haltung der Burg**

Sonntag, 11.05.2014, 10.00 - 18.00 Uhr / Enno-Saal, Jugendburg Ludwigstein

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, liebe Burgverantwortliche, im Rahmen unserer Aufarbeitung des Konfliktes um die Offene Burg, trafen wir uns alle am 20. Januar 2014 zu einem ersten Kennenlernen und Meinungs austausch mit dem beratungsNetzwerk hessen / Mobile Beratungsteams gegen Rechtsextremismus. Am 3. Februar erteilten wir Astrid Pulter und Christopher Vogel einen Beratungsauftrag mit dem übergreifenden Ziel „*Erhalt der Jugendburg Ludwigstein als Ort überbündischer Begegnungen*“. Eines der vier Unterziele lautet: „*Die MitarbeiterInnen und GremienvertreterInnen der Burg haben sich ein Basiswissen zum Thema „Demokratie lernen, Grauzonen des Rechtsextremismus und Historie der Jugendbewegung“ erarbeitet und darauf aufbauend eine gemeinsame Haltung entwickelt.*“ Der erste Teil unserer vom Beratungsnetzwerk konzipierten Schulung zur Kompetenzerweiterung wurde am 13. April 2014 von 16 Teilnehmenden absolviert. Eine Zusammenfassung der Inhalte dieser Schulung reichen wir nach.

Hiermit laden wir Euch ganz herzlich zum zweiten Schulungstermin am Sonntag, dem 11. Mai 2014 ein. Ziel ist die gemeinsame Erarbeitung einer Haltung, die deutlich macht, wo und für was wir als Burg stehen und wofür nicht. Das beratungsNetzwerk hessen gestaltet das Programm, die Jugendbildungsstätte trägt die Kosten und wir hoffen auf Eure zahlreichen Anmeldungen.

Anmeldungen und auch Rückfragen bitte an:

Mail: [juliane.palm@burgludwigstein.de](mailto:juliane.palm@burgludwigstein.de) oder [jubi@burgludwigstein.de](mailto:jubi@burgludwigstein.de) oder Tel: 05542-5017-31

Mit besten Grüßen von der Burg / kani und Stephan

Jugendbildungsstätte Ludwigstein gGmbH • Burg Ludwigstein • D-37214 Witzenhausen  
Telefon: 05542 5017-31 • Telefax: 05542 5017-34 • Geschäftsführer: Stephan Sommerfeld  
Mail: [jubi@burgludwigstein.de](mailto:jubi@burgludwigstein.de) • Web: [www.burgludwigstein.de](http://www.burgludwigstein.de)  
Bankverbindung: Sparkasse Werra-Meißner • IBAN DE39 5225 0030 0000 0209 90



Zweite Schulung zur Kompetenzerweiterung  
**Grauzonen des Rechtsextremismus / Haltung der Burg**  
Sonntag, 11.05.2014, 10.00 - 18.00 Uhr  
Enno-Saal, Jugendburg Ludwigstein

- 09:30 Uhr Ankommen, Kaffee und Tee
- 10:00 Uhr Begrüßung,  
Zusammenfassender Rückblick zur Kooperation mit dem beratungs-  
Netzwerk hessen und zum Sachstand beim „Dialog der Bünde“  
(Juliane „kani“ Palm, Vorstand, und Stephan Sommerfeld, Jubi)
- 10:30 Uhr **Grauzonen des Rechtsextremismus / völkischer Nationalismus –  
Was hat das mit den kritisierten Bünden zu tun?**  
- Rückblick auf Schulung 1  
- Vortrag, Gruppenarbeit und Diskussion  
(Leitung: Christopher Vogel und Astrid Pulter, beratungsNetzwerk hessen)
- 13:00 Uhr Mittagessen
- 14:00 Uhr **Fragwürdig, grenzwertig, nicht akzeptabel –  
Wo und wann ziehen wir Grenzen nach politisch rechts?**  
- Vortrag, Gruppenarbeit und Diskussion  
(Leitung: Christopher Vogel und Astrid Pulter, beratungsNetzwerk hessen)
- 16:00 Uhr Kaffeepause
- 16:30 Uhr **Impulse, offene Fragen, notwendige Kompetenzen**  
- Brainstorming und Bildung einer Arbeitsgruppe  
Die Erarbeitung und Formulierung unserer (Burg)Haltung wird mit dieser  
Schulung nicht abgeschlossen sein. Darüber hinaus umfasst der verein-  
barte Beratungsauftrag noch die Bereiche Aufarbeitung, Demokratie-  
lernen und einen Handlungsleitfaden für Konfliktfälle. Für den tieferen  
Einstieg in die Fälle, die die Burg beschäftigt haben, und für die Zukunft  
möchten wir eine arbeitsfähige Gruppe bilden und uns gemeinsam über  
deren Aufgaben verständigen.  
(Leitung: Christopher Vogel und Astrid Pulter, beratungsNetzwerk hessen)
- 17:30 Uhr Reflexionsrunde und Ausblick auf die kommenden Schritte  
sowie Verschiedenes  
(Juliane „kani“ Palm, Vorstand, und Stephan Sommerfeld, Jubi)
- 18:00 Uhr Ende der Schulung

Ergebnisprotokoll der Mitarbeiterschulung Teil 2 zur Kompetenzerweiterung:

## **Grauzonen des Rechtsextremismus – Haltung der Burg**

11.5.2014 / 10.00 – 18.00 Uhr / Jugendburg Ludwigstein / 16 TN

Referenten: Christopher Vogel (Beratungsnetzwerk Hessen)  
Leitung: Astrid Pulter und Christopher Vogel (Beratungsnetzwerk Hessen)  
Protokoll und Orga: Juliane Palm und Stephan Sommerfeld (Jugendburg Ludwigstein)

### • **Völkischer Nationalismus**

Im Unterschied zum Nationalismus, der aus einer sittlichen, sprachlichen, kulturellen und historischen Gemeinschaft von Menschen das Recht auf staatliche Selbstbestimmung ableitet, begründet der ab dem 19. Jh. in Europa aufkommende völkische Nationalismus die Nation als eine ethnisch homogene Abstammungs- und Blutsgemeinschaft, in dem Staat und Volk eine organische Einheit bilden. Die „Gesundheit und Stärke des Volkes“ beruht dabei auf dessen „Reinheit“, weshalb es vor „Überfremdung und Andersartigkeit“ geschützt werden muss. Die Höher- und Minderwertigkeit verschiedener „Rassen“, die in einem „natürlichen Lebenskampf miteinander ringen“, ist eine weitere Grundannahme völkischer Ideologie. Wesentlicher Aspekt des völkischen Nationalismus ist die Idee, „der um Lebensraum kämpfenden Volksgemeinschaft“. Der Freiheit des ihr gegenüber stehenden Einzelnen wurde mit dem Nationalsozialismus eine endgültige Absage erteilt. Der Wert eines Individuums sollte sich nur noch an dem Wert orientieren, den es für die völkische Gemeinschaft hat: "Du bist nichts – Dein Volk ist alles!"

(nachträgliche Arbeitsfassung aus zwei Internet-Quellen:

<http://www.uniohnearndt.de/wofur-steht-arndt/arnchts-volkischer-nationalismus/>

<http://www.geschichte-der-juristenausbildung.de/4-voelkischer-nationalismus.php> )

Heute ist diese Weltanschauung als Muster erkennbar durch Positionen wie z.B.:  
Überbetonung von Heimat, Vaterland, Deutschland, Deutsch / Vorrang des Kollektivs vor dem Individuum / Forderung nach einem Elitenwechsel hin zum starken Staat / Freund-Feind-Denken gegen Gender-Mainstreaming, Gutmenschen, Multikultur und Systempolitiker / Untergangs- und Bürgerkriegsszenarien / sowie Ethnopluralismus im Sinne „Deutschland den Deutschen, Türkei den Türken“

### • **Rückmeldungen der TN zu „Wie besetze ich persönlich diese Begriffe?“ und „Was bedeutet für mich ...?, Was verbinde ich mit ...?“**

#### Heimat

- Wichtig/positiv besetzt und von allen verwendet:
- Herkunftsbezogen
- territorial
- „innere Heimat“/Familie/Zuhause
- Der Ort, an dem man sich wohlfühlt.

#### Vaterland

- Keine Verbindung zu diesem Begriff
- Nicht verwendet

## Nation

- Konstruierter Begriff aus dem 19. Jahrhundert
- Volk = Nation
- Einheit, gemeinsame Wurzeln, Offenheit
- Neugierde auf das andere & Stolz auf das eigene
- eigene Rituale und Bräuche

## Starker Staat

- Gegengewicht zu Konzernmacht
- Wehrhafte parlamentarische Demokratie mit Gewaltenteilung
- Stärkung des Individuums = starker Staat
- Rechtsordnung/Sozialordnung/Demokratie

## Freund-Feind-Denken

- Leben ohne Feindbild
- Die Realität ist zu komplex für ein einfaches Freund-Feind-Denken

## Volk

- Innerhalb der nationalen Grenzen/alle, die in unserem Land leben = Bevölkerung
- „Volk“ nicht verwendet, „Bevölkerung“ liegt näher
- „Volk“ als Begriff ethnisch-kultureller Abstammung

## Vorrang des Kollektivs

- Gemeinwohl vor Egoismus
- Vorrang des Individuums (Rücksicht auf Minderheiten)/einzelner Mensch im Vordergrund

## Deutschland/deutsch

- Deutsch sein wird nur im Ausland deutlich
- Deutsch: Irritation, wenn Menschen ein Problem mit ihrer Nationalität haben
- Deutschland: Einigkeit und Recht und Freiheit
- Deutsche: wollen in Deutschland miteinander leben
- Deutschland: mitten in Europa
- Ein Glück, in Deutschland leben zu dürfen
- Deutschland = Heimatland
- Deutsche: alle, die sich so fühlen
- Deutschland: Demokratie, Pass, Sprache
- Deutschland: Land der Dichter und Denker
- Deutschland: Größe, Offenheit, Innovation, gegen Kleingeist, Verschlossenheit, Spießigkeit

## Untergangs- und Bürgerkriegsszenarien

- Ablehnung von allem, was mit Angst arbeitet (verhindert Engagement)

## Multikultur

- Nicht nur nebeneinander herleben
- Begegnungen!, nicht Ghettoisierung: bereichernd, lebendig, interessant, Vorurteile müssen abgebaut werden
- Neugierde auf das andere & Stolz auf das eigene

### Exkurs: Publikationen verschiedener in der Kritik stehender Bünde

- Häufig vorkommende Namen der konservativen Revolution
- Häufig verwandte Begriffe, die während des Dritten Reiches massentauglich/bekannt gemacht wurden (bei einem Großteil der Bünde wiederzufinden)
- „Wir haben eine Haltung“, wird jedoch nicht ausgeführt.
- Gegen den Mainstream (auch bei den meisten Bündischen zu finden), keine Anglizismen

- **Zwischentag – Neurechte Milieubildung**

Quelle: „Zwischentag – Gipfeltreffen in der Hauptstadt – Rechte Eliten spinnen Netzwerk“, knapp 10minütiger Beitrag des TV-Magazins „Klartext“, ausgestrahlt im Herbst 2012 vom Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb)

Hintergrund und Inhalt: Im Zentrum des knapp 10minütigen Films von Adrian Batocha und Helge Oelert steht die „Freie Messe Zwischentag“ im Herbst 2012 mit Interviewausschnitten der Veranstalter und Szeneprotagonisten Götz Kubitschek (Verlag Antaios), Felix Menzel (Schülermagazin Blaue Narzisse) und Michael Stürzenberger (Blog Politically Incorrect), denen kritische Stimmen wie Alexander Geisler (Politikwissenschaftler) und Markus Reinert (Verein Opferperspektive) gegengeschnitten werden. Götz Kubitschek spricht im Verlauf des Gespräches u. a. von „...ethnischer Homogenität, die es in Deutschland gibt und die deutsch ist“. Ethnische Homogenität, so Kubitschek weiter, gibt es „... in jedem Land der Welt und die nicht ohne Not aufgegeben werden sollte“.

### Rückmeldungen aus der TN-Gruppe:

- Doppelmoral: Patchworkfamilie vs. die Zehn Gebote als einzige Grundlage eines Staates
- Rassenbegriff ist in Deutschland sehr sensibel, gehört in anderen Ländern zum Alltag
- Wie weit geht Demokratie, wie weit muss Demokratie andere Meinungen aushalten?
- Ist alles, was nicht verboten ist, erlaubt?
- Ausdruck & Stil militärisch, grundsätzlich nicht verwerflich, aufrechte Haltung
- Freund-Feind-Denken kommt zum Ausdruck
- Felix Menzel nicht so souverän wie Götz Kubitschek, aber sehr scharf, wo steht er in 10 Jahren? / Menschenrechte als schwammiger Begriff? -> Bezug auf die Zehn Gebote
- Keine „kamerafähige Meinung“ von Götz Kubitschek: aufrechte Haltung?  
Felix-Menzel-Zitat: „Zuerst einmal wollen wir an einer rechten Milieubildung mitarbeiten. Aufgrund der eigenen Interessenlage und der eigenen Fähigkeiten haben wir dafür das journalistische Betätigungsfeld gewählt. Für eine Milieubildung reicht dies natürlich nicht aus. Deshalb engagieren sich viele unserer Autoren und Redakteure zusätzlich in Schüler- und Studentenverbindungen oder in der Bündischen Jugend.“  
(Quelle: <http://www.sezession.de/wp-content/uploads/2009/04/interview-mit-felix-menzel-weinen-oder-kampfen.pdf>)  
Zitat ist alt, vor dem Diskurs, Freibund hat sich davon gegen-über der Burg distanziert. Viele Distanzierungen nur direkt an die Burg, aber nicht öffentlich -> schwierige Situation für die Burg, ist damit in die Verteidigerrolle des Freibundes geraten/fühlt sich instrumentalisiert.
- Vertreter der Online-Plattform Politically Incorrect: Islamismus wird gleichgesetzt mit Faschismus. Islam = Islamismus.
- Sprache grenzt aus, fokussiert und fördert bestimmte Denkmuster (Medien!)  
Beispiele: Döner-Morde, Ausländerkriminalität
- Ziel des Zwischentages: Milieubildung, wird klar benannt. Aber: verschiedene Strömungen, es wird gestritten, beteiligte Akteure vor Ort nicht einheitlich, keine homogene Struktur

- Man hat immer das ungute Gefühl, dass es unausgesprochene Absichten/Hintergedanken gibt in den Aussagen der Protagonisten. Wie erhalten wir unser offenes Gespräch, die Wahrhaftigkeit und die gegenseitige Ehrlichkeit auf der Burg, um nicht hinter jeder Ecke Verschwörungstheorien vermuten zu müssen/Aussagen in Frage zu stellen?
- **Politisch-intellektuelles Umfeld der Deutsche Gildenschaft**  
Quelle: „Erste Einschätzung des politisch-intellektuellen Umfeldes der Causa Hahn“, unveröffentlichtes Gutachten aus dem Jahr 2013 von Wolfgang Benz (Historiker und bis 2011 Leiter des Instituts für Antisemitismusforschung)

Hintergrund: Im Sommer 2013 wurde Karl-Eckhard Hahn (CDU), dem Regierungssprecher der Erfurter CDU-SPD-Koalition, seine Mitgliedschaft in der Deutsche Gildenschaft vorgeworfen, die verdächtigt wurde, völkische und nationalistische Ziele zu verfolgen. Der thüringische Kultusminister und stellv. Ministerpräsident Christoph Matschie (SPD) hatte deshalb o. g. Gutachten über die Gildenschaft bei dem Berliner Historiker Wolfgang Benz in Auftrag gegeben. Darin warf Benz der Gildenschaft vor, ihre Ideologie enthalte antidemokratische Elemente und sie verfolge völkische und rassistische Ziele, die nicht dem Geist und Wortlaut des Grundgesetzes entsprechen: „Die Mitgliedschaft in einer Gruppierung wie der Gildenschaft und vor allem die dadurch zum Ausdruck kommende Gesinnung erscheint mit den Aufgaben des Regierungssprechers eines demokratischen Staates mit offener Gesellschaft nicht vereinbar.“ Mitte November erklärte die Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) die Debatte für beendet: „Der Regierungssprecher hat im August erklärt, dass die Deutsche Gildenschaft nach ihrem Selbstverständnis und seiner festen Überzeugung auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung steht. Durch die Abfrage über die Innenministerkonferenz ist dies jetzt bestätigt. Der Auftrag ist damit abgearbeitet. Die demokratische Integrität des Regierungssprechers stand und steht für mich außerhalb jeden Zweifels.“

### **Rückmeldungen TN-Gruppe zu „Teilen wir die Einschätzung des Herrn Benz?“ und „Wie bewerten wir die Inhalte der Einschätzung?“**

#### Gruppe 1

- „Gefälligkeitsgutachten“
- Einseitig/unschlüssig/nicht fundiert
- Behauptungen werden nicht belegt
- Quellenbezüge aus den 20er und 30er Jahren
- Perspektiven auf sein Urteil: Skeptisch / Text ist wenig hilfreich / Rassismusvorwurf ohne Beweise, die nachvollziehbar sind

#### Gruppe 2

- Wer ist der Karl-Eckhard Hahn von heute?
- Was ist die Gilde heute?
- Es fehlt Konkretes aus der Jetztzeit.
- Warum hat er in der Festschrift keinen kritischen, distanzierenden Rückblick gemacht?

### Gruppe 3

- Einschätzung wird auf Grundlage des vorliegenden Textes nicht geteilt.
- Keine ausreichende Begründung für den Schluss zu dem er kommt.
- Keine Textquellen, die sich auf die Gilde heute beziehen bzw. Texte, die direkt von der Gilde veröffentlicht wurden. Angeführt werden lediglich die Publikationen der Neuen Rechten, die angeblich mit der Gildenschaft verknüpft seien.

### Gruppe 4

- Konstrukt um Karl-Eckhard Hahn wird aufgebaut, er wird in Bezug gebracht zur Jungen Freiheit, zum Institut für Staatspolitik und deren Publikationen bzw. der Ideologie, die diese vertreten.
- „Namedropping“
- Keine ausreichende Basis für eine Beurteilung.

•

### Rückmeldungen der TN:

- Wir wollen keinen Rassismus, keine Gewaltverherrlichung, kein Heldengedenken, kein größeres Deutschland, keine völkischen Positionen, keine Extremisten, keine Propaganda auf Kleidung oder im Liedgut, keine Erniedrigungen und keine politische Beeinflussung.
- Wir wollen als Kulturdenkmal ein multikultureller Begegnungsort mit internationalen Bezügen sein, der nicht ausschließt, sondern offen und positiv für seine Ziele wirbt und transparent kommuniziert. Ein Ort, an dem man seine Meinung frei äußern kann und der unterschiedliche Ansichten zum Dialog einlädt.
- Wir setzen uns, stärker als bisher, kritisch mit unserer eigenen Geschichte auf der Jugendburg Ludwigstein auseinander. Wir wollen nichts verharmlosen, sondern übersteigerten Nationalismus oder Missbrauch in der Jugendbewegung und auf der Burg benennen. Dazu erarbeiten wir Programme politischer Bildung.
- Wir führen keine Stellvertreterdiskussionen mehr für Bünde, jeder muss für sich sprechen. Wir öffnen uns für Kritik, auch aus sozialen Medien. Wir kommunizieren unsere Strukturen stärker als bisher und installieren ein transparentes Beschwerdemanagement.

## Antrag

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter im „Dialog der Bünde“!

Das Resümee des bisherigen Verlaufs des „Dialogs der Bünde“ fällt für uns folgendermaßen aus:

Die vergangen Dialogtreffen haben uns zwar dahingehend weitergebracht, die Unterschiedlichkeit mancher Bewertung und deren Ursachen sowie einzelne Begrifflichkeiten besser zu verstehen und somit eine erste Grundlage für einen Konsens geschaffen.

Dieser selbst ist bisher jedoch noch in weiter Ferne und wurde aus Sicht unseres Bundes auch selbst noch zu wenig thematisiert. Damit der eigentlich Auftrag, eine Zugangsregelung zur Jugendburg Ludwigstein zu schaffen, erfüllt werden kann, ist unserer Ansicht nach eine gemeinsame Wertgrundlage erforderlich, auf deren Basis eine solche Einigung überhaupt erst erfolgen kann.

Sollte diese gemeinsame Basis fehlen, wird der Dialog in dieser Form letztlich nicht zum gewünschten Ziel führen. Wir haben daher unsere Minimalvorstellungen einer gemeinsamen Grundhaltung definiert. Unser Bund sieht nur dann einen Sinn darin, den Dialog fortzuführen, wenn wir uns gemeinsam auf die unten aufgeführten Standpunkte einigen können.

Wir haben uns dabei darum bemüht, nicht nur die scheinbaren, oft kritisierten Haltungen von einzelnen als „völkisch“ bezeichneten Gruppen darin Eingang finden zu lassen, sondern auch deren Kritik an angeblichen „linksextremen“ Positionen ihrer Kontrahenten ebenso aufzunehmen.

Wir glauben damit allen Seiten gleichermaßen gerecht zu werden und beantragen deshalb, dass die Versammlung die unten stehende Grundlage als verbindlich beschließen möge.

Juni 2014



**Deutscher Pfadfinderbund Mosaik**



*Wir, die sich beim „Dialog der Bünde“ organisierten Jugendbünde, erklären folgende gemeinsame Grundlage unseres Dialoges:*

- *Wir lehnen jedwede Verbindung unserer Bünde und seiner Mitglieder zu extremistischen Parteien und Vereinigungen ab. Mitglieder in unseren Bünden, die eine solche Verbindung unterhalten (Mitgliedschaft, wiederholter Besuch von Veranstaltungen) schließen wir aus unseren Reihen aus. Als gemeinsame Grundlage dient uns hierzu zunächst die Einordnung des Bundesamtes für Verfassungsschutz.*
- *Wir lehnen jede Form der Diskriminierung aufgrund von Ethnie, Religion, Sexualität und Geschlecht (hiervon sind geschlechtsspezifische Gruppen unberührt) innerhalb und außerhalb der Jugendbewegung ab. Wir sanktionieren Äußerungen und Verhalten dieser Art in unseren Gemeinschaften.*
- *Wir lehnen Ideologien ab, die die kulturelle „Reinhaltung“ unseres Volkes oder die unveränderbare Bindung der Nationalität an Abstammung vertreten.*
- *Wir lehnen jede Form der Gewalt ab.*

## **Der Freibund e.V. - Jugend in Bewegung**

*Rechte Milieubildung betreibt ihr doch aber trotzdem. — Nein.*

Der Jugendbund ist überparteilich und überkonfessionell, so dass er sich nicht politisch verortet. Was den gegenseitigen Austausch und die Meinungsbildung untereinander, um sich seine eigene Meinung zu bilden, nicht ausschließt. Das Prinzip der autonomen Jugendgruppe und die feste Bindung an Erwachsenenstrukturen schließen einander aus.

Nach dem Bund beginnt eine neue Lebensphase, die der Herangewachsene nun als gereifte Persönlichkeit selbst lösen muss. Sein Mitspracherecht im Bund ist aufgehoben. Die

Verbundenheit bleibt bestehen, aber das Mitgestalten muss ausbleiben. Noch einmal ganz deutlich: Kein aktives Mitglied des Jugendbundes ist Mitglied einer Partei oder kooperiert mit irgendeiner. Die Übernahme eines Amtes innerhalb des Jugendbundes und die politische Betätigung schließt sich aus. Die Bundesführung des Freibundes hat schon einmal benannt, dass im Freibund keine rechte oder irgendwie politisch motivierte Milieubildung betrieben wird und sie dafür einsteht. Dies gilt auch in Zukunft sowohl für das Bundesleben als auch die „na klar!“.

Erklärung Der Freibund e.V., 2009

# Resolutionsentwurf für eine politisch unabhängige Deutsche Jugendbewegung im Geiste der Freiheit

## **Hintergrund:**

Vorbereitung, Begehung und Nachlese des 100. Jubiläums des Freideutschen Jugendtages auf dem Hohen Meißner 2013 waren gekennzeichnet von einer politisch motivierten Ausgrenzung und öffentlichen Diskreditierung einiger Jugendbünde und jugendbewegter Einzelner sowie des offenen Konzepts der Jugendburg Ludwigstein. Die Burg, um Schadensbegrenzung bemüht, sah sich in letzter Konsequenz am 02. November 2013 gezwungen, allen Bünden die politisch verunglimpfte Plattform einer „offenen Burg“ zu entziehen und vorübergehend ein generelles Hausverbot zu erteilen. Dem Aufruf der Jugendburg folgend und im Willen den Geist der Meißnerformel von 1913, nämlich die Verantwortung für die Entwicklung der Menschen der Bünde zu eigenverantwortlichen, selbstbestimmten Menschen, und dies auf der rechtsstaatlichen Grundlage der Bundesrepublik Deutschland zu bewahren, sehen wir Jugendbünde und jugendbewegten Einzelnen uns aufgefordert, politisch motivierter Bestrebungen nach Bevormundung, Ausgrenzung, Fremdbestimmung, geistiger Unfreiheit und Konformität entgegen zu treten.

## **Textentwurf zur Resolution:**

Wir, die Mitglieder der unterzeichnenden Bünde und jugendbewegte Einzelne treten, dem Geist der Meißnerformel von 1913 folgend, für die freie Entwicklung der Menschen der Bünde zu eigenverantwortlichen, selbstbestimmten Menschen ein, und dies auf der rechtsstaatlichen Grundlage der Bundesrepublik Deutschland. Dabei verbindet uns die Überzeugung, dass die Grenzziehung zu radikalen Gruppierungen nicht dem eigenen Empfinden, sondern in diesem unserem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat den entsprechenden staatlichen Organen obliegt. Wer sich innerhalb dieser Grenzziehung bewegt, muss daher auch in freier geistiger und durchaus kritischer Auseinandersetzung als Gesprächs- und Begegnungspartner angenommen sein. Die Jugendburg Ludwigstein bot mit dem Konzept der „offenen Burg“ den entsprechenden bündischen Begegnungsort.

Schon die historische Jugendbewegung wies eine breite Vielfalt der Auffassungen und Bundesideen auf. Bei allem Streit um die Positionierung der Bünde untereinander treten wir dafür ein, diese Vielfalt zu erhalten und lehnen jedwede politisch motivierte Bestrebung, ob von rechts oder links, nach Bevormundung, Ausgrenzung, Fremdbestimmung, geistiger Unfreiheit und Konformität der Bünde unter allen Umständen ab. Wir unterstützen gesellschaftspolitische Erklärungen wie die Mannheimer Resolution von 1993, in der die Bünde entsprechend ihrer fahrtengeprägten, weltoffenen bündischen Haltung ihre Ablehnung gegenüber der gesellschaftlichen Ausgrenzung von Minderheiten und Andersdenkenden selbstbestimmt zum Ausdruck bringen. Wir fordern, diesem Anspruch gleichermaßen im Umgang der Bünde und Bündischen untereinander gerecht zu werden.

Umso mehr betrachten wir die von politisch motivierten Einzelnen im Zuge des letztjährigen 100-jährigen Jubiläums des freideutschen Jugendtages von 1913 betriebene Ausgrenzung und öffentliche Diskreditierung andersdenkender Jugendbünde und jugendbewegter Einzelner sowie des offenen Konzepts „unserer“ Jugendburg Ludwigstein als Plattform aller rechtsstaatlichen Strömungen bündischen Lebens innerhalb der Jugendbewegung mit großer Sorge und betonen demgegenüber erneut unsere strikte Ablehnung.

So folgen wir dem zeitlosen Gedanken Voltaires und Rosa Luxemburgs, dass die Freiheit des Andersdenkenden die zu verteidigende Freiheit sein muss. Wir ergänzen dies um die Idee, dass die Freiheit der Meinung nicht an der Grenze des eigenen Denkens enden sollte,

sondern dass selbstkritische Reflexion nur im Dialog mit anderen Gedanken erfolgen kann. Wir sind überzeugt, dass dieser Prozess der selbstkritischen Reflexion und der Akzeptanz von Kritik am eigenen Standpunkt Freiheit erst verwirklicht.

Hierfür bot die Jugendburg Ludwigstein eine lebendige Plattform des offenen und vielfältigen Dialogs in direkter und persönlicher geistiger Auseinandersetzung. Wir begreifen dieses Angebot als dringend erforderlich, im Sinne eines konstruktiven geistigen Austauschs. Daher erwarten wir, dass alle, die sich einerseits in die geistige Tradition der Meißnerformel von 1913 stellen, auch andererseits die persönliche Souveränität zur selbstkritischen Reflexion und Akzeptanz von Kritik im direkten Gespräch mit Andersdenkenden aufbringen. Die unpersönliche virtuelle Kommunikation über Blogs und Foren ist dazu nicht in der Lage. Im Gegenteil, in Ermangelung des direkten Gegenübers ist die virtuelle Welt eher der Raum für unsouveräne, ungehemmte Polemisierung und wird daher von uns abgelehnt.

Nun ist die Burg ihrer bündischen Seele beraubt.  
Ist nur noch Stein.  
Ohne Sinn!

Wir Bünde wollen unsere Burg zurück als Ort offener bündischer Begegnung aller rechtsstaatlichen Strömungen bündischen Lebens. Dabei ist einzig der freiheitlich demokratische Rechtsstaat mit seinen staatlichen Organen die maßgebende Instanz für die Beurteilung, ob die Kriterien für einen Ausschluss radikaler Gruppierungen und Einzelpersonen von diesem Ort bündischer Begegnung erfüllt sind.

Lasst uns offen begegnen, das Schöne in Freiheit gestalten und weiterbauen!

franzl und hermann – cj adendorf

Wir, die beim „Dialog der Bünde“ organisierten Bünde und Gruppen, erklären folgende gemeinsame Grundlage unseres Dialogs:

- Wir bekennen uns zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und lehnen jede aktive Unterstützung von extremistischen Parteien und Vereinigungen durch unsere Bünde oder Mitgliedschaft unserer Mitglieder in solchen Vereinigungen ab. ~~Mitglieder in unseren Bünden, die eine solche Verbindung unterhalten (Mitgliedschaft, wiederholter Besuch von Veranstaltungen), schließen wir aus. Als gemeinsame Grundlage dient uns hierzu zunächst die Einordnung des Bundesamtes für Verfassungsschutz.~~
- Wir lehnen jede Form der Diskriminierung gemäß Art. 3 GG ab. Wir sanktionieren Äußerungen und Verhalten dieser Art in unseren Gemeinschaften.
- Wir leben die kulturelle Vielfalt als eine Grundlage der Jugendbewegung. Wir sind uns bewusst, dass die Kultur eines Volkes nicht statisch, sondern einem stetigen Wandel unterworfen ist, der auch durch interkulturellen Austausch entsteht. Wir stimmen darin überein, dass die Nationalität nicht ausschließlich an die Abstammung gebunden ist. ~~Wir lehnen Ideologien ab, die die kulturelle „Reinhaltung“ unseres Volkes oder die unveränderbare Bindung der Nationalität an Abstammung vertreten.~~

- Wir lehnen Gewalt als Form sozialer und politischer Auseinandersetzung ab.

Samstag: 14.06.2014, 22:47 Uhr

### Antrag zum 3. Treffen des Dialog der Bünde

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter im „Dialog der Bünde“!

Das Resümee des bisherigen Verlaufs des „Dialogs der Bünde“ fällt für uns folgendermaßen aus:

Die vergangen Dialogtreffen haben uns zwar dahingehend weitergebracht, die Unterschiedlichkeit mancher Bewertung und deren Ursachen sowie einzelne Begrifflichkeiten besser zu verstehen und somit eine erste Grundlage für einen Konsens geschaffen.

Dieser selbst ist bisher jedoch noch in weiter Ferne und wurde aus Sicht unseres Bundes auch selbst noch zu wenig thematisiert. Damit der eigentlich Auftrag, eine Zugangsregelung zur Jugendburg Ludwigstein zu schaffen, erfüllt werden kann, ist unserer Ansicht nach eine gemeinsame Wertgrundlage erforderlich, auf deren Basis eine solche Einigung überhaupt erst erfolgen kann.

Sollte diese gemeinsame Basis fehlen, wird der Dialog in dieser Form letztlich nicht zum gewünschten Ziel führen. Wir haben daher unsere Minimalvorstellungen einer gemeinsamen Grundhaltung definiert. Unser Bund sieht nur dann einen Sinn darin, den Dialog fortzuführen, wenn wir uns gemeinsam auf die unten aufgeführten Standpunkte einigen können.

Wir haben uns dabei darum bemüht, nicht nur die scheinbaren, oft kritisierten Haltungen von einzelnen als „völkisch“ bezeichneten Gruppen darin Eingang finden zu lassen, sondern auch deren Kritik an angeblichen „linksextremen“ Positionen ihrer Kontrahenten ebenso aufzunehmen.

Wir glauben damit allen Seiten gleichermaßen gerecht zu werden und beantragen deshalb, dass die Versammlung die unten stehende Grundlage als verbindlich beschließen möge.

Deutscher Pfadfinderbund Mosaik

Juni 2014

Wir, die beim „Dialog der Bünde“ organisierten Bünde und Gruppen, erklären folgende gemeinsame Grundlage unseres Dialogs:

- Wir bekennen uns zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und lehnen jede aktive Unterstützung von extremistischen Parteien und Vereinigungen durch unsere Bünde oder Mitgliedschaft unserer Mitglieder in solchen Vereinigungen ab.

- Wir lehnen jede Form der Diskriminierung gemäß Art. 3 GG ab. Wir sanktionieren Äußerungen und Verhalten dieser Art in unseren Gemeinschaften.
- Wir leben die kulturelle Vielfalt als eine Grundlage der Jugendbewegung. Wir sind uns bewusst, dass die Kultur eines Volkes nicht statisch, sondern einem stetigen Wandel unterworfen ist, der auch durch interkulturellen Austausch entsteht. Wir stimmen darin überein, dass die Nationalität nicht ausschließlich an die Abstammung gebunden ist.
- Wir lehnen Gewalt als Form sozialer und politischer Auseinandersetzung ab.

Stand, 15.06.2014, 11.42Uhr

## Steimker Grundsätze der Bünde

Wir, die beim Dialog der Bünde organisierten Bünde und Gruppen, erklären folgende gemeinsame Grundlage unseres Dialogs:

Wir bekennen uns zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und lehnen jede aktive Unterstützung von extremistischen Parteien und Vereinigungen durch unsere Bünde oder Mitgliedschaft unserer Mitglieder in solchen Vereinigungen ab.

Wir lehnen jede Form der Diskriminierung gemäß Art. 3 GG ab. Wir sanktionieren Äußerungen und Verhalten dieser Art in unseren Gemeinschaften.

Wir leben die kulturelle Vielfalt als eine Grundlage der Jugendbewegung.

Wir sind uns bewusst, dass die Kultur eines Volkes nicht statisch, sondern einem stetigen Wandel unterworfen ist, der auch durch interkulturellen Austausch entsteht.

Wir stimmen darin überein, dass die Nationalität nicht ausschließlich an die Abstammung gebunden ist.

Wir lehnen Gewalt als Form sozialer und politischer Auseinandersetzung ab.

Einstimmiger Beschluß der Bünde,  
Gut Steimke, Uslar, den 15. Juni 2014

Bund Alter Gildenschafter	Jungenbund Phoenix
Bund deutsch-unitarischer Jugend	Kanujungend Witzenhausen
Christliche Jungenschaft Adendorf	Kranichschar Azur
Christliche Pfadfinderschaft Deutschlands	Kulturinitiative Lebendig Leben
Deutsche Gildenschaft	Piratenschaft Stormarn
Deutsche Waldjugend	Verband Christlicher Pfadfinderinnen & Pfadfinder
Deutscher Pfadfinderbund	Waldjugend Niedersachsen
Deutscher Pfadfinderbund Hamburg	Wandervogel Deutscher Bund
Deutscher Pfadfinderbund Mosaik	Wandervogel Lippischer Jungenbund
Die Fahrenden Gesellen	Wandervogel Lippischer Mädchenbund
Der Freibund	Wandervogel Nifelgau
Freier Begegnungsschacht	Weinbacher Wandervogel

(Weitere Bünde folgen nach Unterzeichnung bzw. Bestätigung durch die jeweilige Bundesführung.)

**"Gemeinsames Papier zur Erstellung von Bedingungen zum Aufenthalt auf der Burg Ludwigstein«**

## **Kriterien zum Zugang der Bünde auf die Burg Ludwigstein – ENTWURF – 14.06.2014**

Die Jugendburg Ludwigstein ist ein Ort der Begegnung von Jugendbewegung und Gesellschaft.

Die Burg steht für eine gelebte Vielfalt, die insbesondere im persönlichen Austausch und im gemeinsamen Tun zum Ausdruck kommt. Diese Vielfalt als Möglichkeit zu begreifen und sich auf der Grundlage des Burgfriedens mit Offenheit zu begegnen, erfordert Mut, Selbstbewusstsein, Verantwortung und die Bereitschaft, mit seinem Namen für sich und für seine Gruppe einzustehen.

In der Meißnerformel von 1913, die für die Burg nach wie vor bedeutsam ist, ist zu lesen:

„Die Freideutsche Jugend will aus eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, mit innerer Wahrhaftigkeit ihr Leben gestalten. Für diese innere Freiheit tritt sie unter allen Umständen geschlossen ein.“

Für die Burg als Begegnungsstätte der Jugendbewegung gelten folgende Regeln:

- Alle Besucher der Burg, insbesondere die bündischen Besucher, wahren den Burgfrieden und begegnen einander respektvoll.

- Auf der Burg begegnen wir uns mit „**Offenem Visier**“: Jeder Bund/jede Gruppe gibt seine Anschrift und die Erreichbarkeit der Bundesführung oder eines Sprechers bekannt.
- Die Menschen auf der Burg sind offen für Anderes und Neues
- Die Besucher der Burg sind tolerant gegenüber der Kultur der anderen Gruppen und Personen
- Im Vordergrund steht die Begegnung zwischen Menschen
- Gespräche über unterschiedliche Auffassungen und Weltanschauungen finden auf Augenhöhe statt: Anfeindungen jeder Art, Agitation, Missionierung oder eine Manipulation von Jugendlichen oder Kindern werden nicht geduldet.
- Alle Bünde und Gruppen, die auf die Burg kommen, müssen sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung<sup>1</sup> bekennen.
- Extremisten jeder Richtung (**Fußnote zur Extremismusdefinition/ Bundesverfassungsgericht?**) sind auf der Burg grundsätzlich unerwünscht und sind von bündischen (**von allen**) Veranstaltungen ausgeschlossen. Über begründete Ausnahmen entscheidet der

<sup>1</sup> Das Bundesverfassungsgericht hat im Urteil des Verbotsprozesses gegen die rechtsextremistische „Sozialistische Reichspartei“ (SRP) vom 23. Oktober 1952 die freiheitliche demokratische Grundordnung (fdGO) als eine Ordnung definiert, „die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“ (BVerfGE 2, 12 )

Stiftungsvorstand.<sup>2</sup>

- Auch eine Zusammenarbeit von Bünden mit extremistischen Gruppierungen ist unerwünscht.
- Diskriminierende oder menschenverachtende Positionen sind ein Ausschlusskriterium (GG Artikel3)
- Jede Form von Gewalt und Missbrauch wird nicht toleriert
- (Alle bündischen Besucher der Burg sind sich ihrer Vorbildfunktion gegenüber Jüngeren bewusst): Daher entsagen sie dem Alkohol oder pflegen einen verantwortungsbewussten Umgang damit. Raucher nutzen ausschließlich die ausgewiesenen Plätze. Illegale Drogen sind auf der Burg grundsätzlich verboten.
- Alle jugendbewegten Besucher setzen sich aktiv für den Erhalt der Burg und ihren guten Ruf in der Öffentlichkeit ein.
- Bei Verstößen gegen die Kriterien oder bei Streitfällen berät der „Beirat der VJL-Bünde<sup>3</sup>“ den Stiftungsvorstand zu Klärung, Schlichtung oder Ausschluss. Die Entscheidungsbefugnis bleibt beim Stiftungsvorstand.

---

<sup>2</sup> Beispiel: Begleitete Veranstaltungen wie z. B. die Ringvorlesung mit Robert Steigerwald (DKP), die aufgrund der Kriterien der zu der Zeit der Veranstaltung gültigen Erklärung „Offene Burg“ nicht auf dem Ludwigstein, sondern in Witzenhausen stattfand.

<sup>3</sup> VJL-Bünde sind die Bünde, die der VJL als korporatives Mitglied angehören und Bünde/ Gruppen, die eine aktive Raumpatenschaft pflegen.



## Bundesvogt

Holger Specht – Fidicinstraße 42 – 10965 Berlin – Telefon (030) 766 80 196  
Email: specht@inmedio.de – Mobil (0173) 62 44 460

Berlin, 13. Juni 2014

## An den Dialog der Bünde

Wir, die Bundesführung des Deutschen Pfadfinderbundes, wünschen uns einen Prozess, der weiterhin gestützt wird durch eine professionelle Moderation, besser sicher sogar durch eine professionelle Mediation.

Für den Dialog der Bünde wünschen wir uns eine Konfliktlösung. Wir wissen, dass dies nicht bis zum November machbar ist. Deswegen schlagen wir eine Verlängerung des Dialogs der Bünde mit dem Ziel der Konfliktlösung mit Hilfe eines Mediators vor.

Bis zum Herbst 2014 könnten wir gemeinsam, mit einem Moderator an einer vorübergehenden Lösung, einem Kompromiss in Sachen Burg arbeiten und den Dialog darüber hinaus, befristet, mit dem Ziel einer Lösung weiterführen.

Wir sind uns bewusst, dass das mit Kosten verbunden ist. Wir denken bereits darüber nach, was unser Anteil daran sein könnte. Zu welchem Schluss wir gelangen, ist logischer Weise nicht voraussagbar. Im Sommer sollten wir jedoch eine Entscheidung getroffen haben.

Wir bitten inständig die Bünde, die Unterstützung seitens des Staates erhalten (KJP – Mittel), darüber nachzudenken, welchen Anteil sie leisten können.

Zu dem erinnern wir an den Antrag an die VJL und den ersten Dialog der Bünde, in dem sich die beantragenden Bünde bereit erklärt hatten sich um die Finanzierung zu kümmern.

Den Prozess, ob nun befristet bis zum November, oder darüber hinaus, lediglich durch die Sprecher moderieren zu lassen, ist aus unserer Sicht eine Überforderung. Wir haben zum einen die Sorge, dass sie dadurch zwischen den Stühlen zerrieben werden könnten. Zum anderen halten wir das im Sinne eines konstruktiven Prozesses für nicht zielführend.

Wir danken an dieser Stelle allen organisatorisch Wirksamen sehr für ihr sicher auch stressiges Engagement. Zudem freuen wir uns über das Interesse und die Beteiligung am Dialog.

Allzeit bereit

Holger  
Bundesvogt des Deutschen Pfadfinderbundes